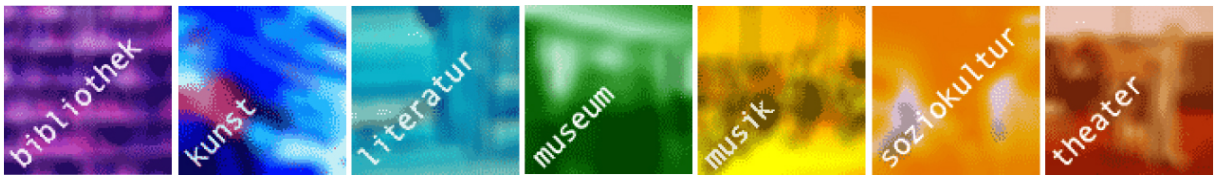

Kulturrat Thüringen e.V.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2014

DIE ANTWORTEN DER THÜRINGER PARTEIEN

SPARTENÜBERGREIFENDE FRAGEN DES KULTURRATS THÜRINGEN

I. KULTURFÖRDERUNG

Angesichts sinkender Etats und des auslaufenden Solidarpakts steht die Thüringer Landesregierung vor der Aufgabe, die vielfältige Kulturlandschaft Thüringens zu erhalten und weiter zu gestalten. Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die kulturelle Teilhabe und mithin auf die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichem und städtischem Raum (siehe Landesentwicklungsplan 2025) sowie die Finanzierung der kulturellen Basisarbeit.

1 Wie wollen Sie im kulturellen Bereich gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land schaffen? In welcher Form werden Sie sich konkret für die nachhaltige Stärkung kultureller Zentren im ländlichen Raum einsetzen? Welche Rolle spielt für Ihre Arbeit dabei der Freistaat Thüringen und welche die kommunalen Gebietskörperschaften? Wie wollen Sie die Kommunen bei ihrem Engagement im kulturellen Bereich unterstützen?

CDU

Die Thüringer Union steht für die Stärkung aller Regionen Thüringens. Dies gilt auch für die Kultur, die für Thüringen insgesamt, wie für jede einzelne Region des Freistaats eine herausragende Bedeutung in vielerlei Hinsicht hat.

Kultur und kulturelle Teilhabe bedeuten für jeden Menschen etwas anderes. Daher muss kulturelle Vielfalt in all ihren Facetten gefördert werden. Thüringen hat eine reiche Kulturlandschaft mit einigen bedeutsamen Leuchttürmen, die über unseren Freistaat hinaus ausstrahlen. Dafür wollen wir Sorge tragen.

Doch am Fuße der Leuchttürme darf es nicht dunkel werden. Die Förderung von Kultur muss sowohl in den Zentren als auch in der Fläche erfolgen. Ländliche Kultureinrichtungen sind meist kleiner und bedürfen zu ihrem Erhalt keiner institutionellen Förderung. Der Freistaat steht in Verantwortung für die gesamte Kultur im Land, sowohl in den Zentren als auch in der Fläche. Eine institutionelle Förderung in den Zentren und eine Projektförderung für den ländlichen Raum ist die richtige Mischung zur Bewahrung unserer Kulturlandschaft.

Selbstverständlich haben auch die Kommunen ihren Beitrag zu leisten.

Sie dürfen dabei nicht zum Lückenfüller, da sie hiermit überfordert wären. Vielmehr muss das Land nach neuen Förderwegen, beispielsweise über das Wirtschaftsministerium, suchen, um seiner Verantwortung gerecht zu werden. Eine Umgestaltung des Kulturlastenausgleichs, bei der eine Förderung von Zentren durch angrenzende Kommunen erreicht werden soll, lehnen wir ab. Gleichzeitig wird sich die CDU dafür
einsetzen, dass die Ergebnisse des Modellprojektes zur Kulturentwicklungskonzeption evaluiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir stehen für umfassende kulturelle Teilhabe für alle in Thüringen lebenden Menschen sowie für den Erhalt und die Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt. Selbstverständlich gilt dies für die Menschen, die in den Thüringer Städten leben genauso wie für die Menschen auf dem Land und in den Dörfern. Dazu braucht es auch im ländlichen Raum wohnortnahe Kulturangebote, Museen, Bibliotheken und Musikschulen, die wir erhalten und unterstützen wollen. Für eine bessere Erreichbarkeit der bestehenden Angebote in Thüringen fordern wir mehr Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr, um so Mobilität für alle zu gewährleisten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Gemeinden und Landkreise ihre Kulturförderung aufrechterhalten können. Dazu muss der kommunale Finanzausgleich kulturfest gemacht werden. Mit unserem „Kulturfördergesetz“ streben wir an, die Kulturförderung zur Pflichtaufgabe der Kommunen zu machen, damit die entsprechenden Aufgaben wie z.B. Theater, Museen, Heimatkultur und Soziokultur auch verlässlich finanziert werden können. Im Rahmen einer Verwaltungs- und Gebietsreform werden wir die Verantwortung für Kulturfinanzierung auf mehrere und stärkere kommunale Schultern verteilen. Wir sehen zudem an vielen Stellen auch Land und Bund in der Pflicht.

FDP

Im Freistaat Thüringen haben wir deswegen ein so reichhaltiges kulturelles Angebot, weil es in kleinteiligen Strukturen gewachsen und regional verwurzelt ist. Anders funktioniert es nicht. Wir müssen alle Anstrengungen darauf verwenden, diese einmalige Kulturlandschaft zu erhalten. Doch gleichwertige Lebensverhältnisse im kulturellen Bereich in Stadt und Land zu schaffen, ist aus Sicht der FDP eine nur schwer umzusetzende Forderung. Es liegt in der Natur der Sache, dass es unterschiedliche Kulturräume gibt, die sich

aufgrund der Bevölkerungsdichte, der Infrastruktur sowie der Erwartungshaltungen der Bewohner an ihr persönliches Umfeld ergeben. Gerade infolge des demografischen Wandels ergibt sich die Herausforderung, die bestehenden Strukturen zu erhalten und gegebenenfalls auf strukturelle Veränderungen bedarfsorientiert zu reagieren. In enger Abstimmung zwischen Landesebene, den kommunalen Gebietskörperschaften und den Anbietern vor Ort soll dieses geschehen, um so die kulturellen Zentren im ländlichen Raum zu erhalten und zu entwickeln. Grundlage hierfür wäre eine engere Verzahnung zwischen Kultus- und Wirtschaftsressort, da Kultur im ländlichen Raum als „weicher Standortfaktor" auch in vielen Fällen eine wirtschaftliche Dimension abdeckt.
Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit für Kultur bei Ländern und Kommunen, aber auch der Bund trägt in wichtigen Bereichen Verantwortung. Die Kommunen in Thüringen stehen mit der Finanzierung ihrer freiwilligen Aufgaben, zu denen Kultur und Sport gehören, vor Herausforderungen, die leider nicht selten in Überforderung enden. Der Kulturlastenausgleich der Thüringer Landesregierung bevorzugt durch seine Berechnungsgrundlagen größere Städte. Nach Auffassung der Liberalen sollten aber auch kleine Kommunen mit hohem Kulturanteil in ihren Haushalten die Chance haben, von einem Kulturlastenfonds zu profitieren. Solange das Land Thüringen auf Kosten der Kommunen spart, können diese ihre Aufgaben nicht übernehmen.

DIE LINKE
Für DIE LINKE. Thüringen steht seit vielen Jahren die Stärkung des ländlichen Raumes im Mittelpunkt ihres politischen Handelns. Wir erkennen es als wichtig an, die Bedingungen für die außerhalb von urbanen Zentren lebenden Menschen attraktiver zu gestalten. Ein erster Schritt muss daher eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen sein. Das Land sehen wir in der Pflicht, durch eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, die finanzielle Grundlage aller Kommunen zu festigen und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.
Kultur ist für uns kein „Luxusgut", sondern Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine essentielle Zukunftsinvestition. Deshalb steht DIE LINKE für eine nachhaltige Kulturförderung in Form eines Kulturfördergesetzes. Kultur muss Pflichtaufgabe werden! Dadurch können wir zum einen dem Rechtfertigungszwang Einhalt gebieten, dem Kulturakteure gerade durch die klamme Haushaltslage der Kommunen in den letzten Jahren unterliegen mussten. Zum anderen werden wir durch transparente Förderstrukturen, die wir in einem Dialogverfahren mit Kunst- und Kulturakteuren sowie den kommunalen Verwaltungen erarbeiten wollen, Planungssicherheit für kreative Prozesse schaffen, unser reiches kulturelles Erbe bewahren und aktiv weiter entwickeln.
Dementsprechend müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, kulturelle Aufgaben langfristig und planungssicher finanzieren und auch neue, kreative Impulse entstehen lassen zu können. Der Landesebene kommt aus LINKER Sicht dabei immer eine herausgehobene Stellung im Feld der Kulturfinanzierung zu, gerade im Bezug auf die Stärkung des ländlichen Raumes.

SPD
Thüringen ist reich an Kultur. Kultur bestimmt die Tradition und das Selbstverständnis des der Thüringerinnen und Thüringer. Kulturpolitik und Kulturförderung sind daher für die SPD zentrale Felder des Regierungshandelns. Das haben wir seit 2009 auch öffentlich unter Beweis gestellt: Nach Jahren des Abbaus und der Stagnation unter der CDU erfuhr die Thüringer Kulturpolitik unter Führung der SPD mit Kulturminister Matschie einen neuen

Aufbruch. Nach dem Regierungsantritt wurde mit dem 1. Thüringer Kulturforum ein Dialog mit den Kulturschaffenden, den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt, in dem die Ziele der Thüringer Kulturpolitik gemeinsam formuliert wurden. Thüringen hat als erstes Bundesland ein Leitbild Kultur beschlossen und auf dieser Basis das neue Kulturkonzept erarbeitet. Dabei haben wir die Sicht geändert. Kultur ist für uns nicht das, was man sich leisten kann, wenn noch ein paar Euro übrig sind, sondern Kultur ist für uns ein harter Standortfaktor. Kultur prägt das Image und die Lebensqualität unseres Landes. Mit dem von der SPD verantworteten Kulturkonzept gibt der Freistaat nicht nur ein klares Bekenntnis für die Weiterentwicklung der Kultur in Thüringen ab, sondern untermauert dies auch mit harten Fakten. Lagen die Kulturausgaben des Freistaates Thüringen im Jahr 2009 noch bei 122,6 Mio. Euro so sind dies im Jahr 2014 bereits 154,9 Mio. Euro. Das ist ein Plus von einem Viertel. So wurden die Mittel für die Literatur und Musik verdoppelt, für die Projektmanager und Projektmitarbeiter um ein Drittel erhöht und auch für die Museen konnten wir ein deutliches Plus erreichen. Damit hat die SPD trotz eines sinkenden Landeshaushalts einen klaren Schwerpunkt zugunsten der Kultur gesetzt. Die SPD steht dafür das hohe Niveau der Landesförderung fortzusetzen und ein attraktives Angebot in allen Teilen des Landes sicherzustellen.

Die SPD hat es geschafft, die Theater und Orchesterfinanzierung zu sichern. Erstmals ging es in den Gesprächen mit den Theatern und Orchestern nicht darum, welche Häuser durch harte Einschnitte in ihrem Bestand gefährdet werden. Sondern wir haben die Debatte anders geführt: gemeinsam mit den Theatern und den Trägern haben wir uns in einem ersten Schritt über ihre Erwartungen und künstlerischen Perspektiven verständigt. In einem zweiten Weg haben wir gemeinsam nach Wegen zur praktischen Umsetzung gesucht. Dies ist uns bei allen Theatern und Orchestern gelungen und für die erfolgreiche Entwicklung haben wir die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Die Kommunen sind eine tragende Säule bei der Kulturfinanzierung. Die SPD hat deshalb durchgesetzt, dass ihnen das Land zusätzliche 9 Millionen Euro pro Jahr aus dem Kulturlastenausgleich zur Verfügung stellt. Damit werden die Städte und Landkreise unterstützt, die eine besondere Verantwortung für die Kulturförderung übernehmen. Die SPD tritt dafür ein, dass der Kulturlastenausgleich auch in den kommenden Jahren fortgeführt wird.

Im ländlichen Raum stehen die Kommunen aufgrund der demografischen Entwicklung vor besonderen Herausforderungen. Um Kreisen und Kommunen eine bessere Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu ermöglichen, werden Modellregionen bei der Erarbeitung von Kulturentwicklungskonzeptionen gefördert. Ziel ist es auch, Kulturangebote im ländlichen Raum zukunftsfest zu machen. Für das Modellprojekt stellt das SPD-geführte Kulturministerium 500.000 Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden Agenturleistungen sowie Personal- und Sachkosten der Kommunen finanziert. In zwei Regionen Thüringens werden Modellprojekte entstehen: Landkreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis sowie den Landkreisen Hildburghausen und Sonneberg. Gemeinsam mit Landkreisen und Gemeinden wird so die Sicherung eines differenzierten kulturellen Angebots in erreichbarer Nähe ermöglicht. Damit wird bürgerschaftliches Engagement vor Ort gestärkt sowie Vernetzung und Kooperation gefördert. Damit will die SPD trotz der von der CDU verhinderten Gemeinde- und Gebietsreform dafür sorgen, dass die Kommunen ihrer Verantwortung für das Kulturland Thüringen gemeinsam mit dem Land gerecht werden können.

2 Wie stehen Sie dazu, dass Thüringen (wie im Entwurf des LEP 2025 vorgesehen) auf die Metropolregion Mitteldeutschland setzt? Welche Möglichkeiten sehen Sie für neue Wege, die der dezentralen, feingliedrigen Siedlungsstruktur Thüringens eher gerecht werden?

CDU
Die Thüringer Union will die dezentrale und feingliedrige Siedlungsstruktur des Freistaats erhalten und fördern. Dazu wollen wir weiter in die Attraktivität des ländlichen Raums investieren. Hierzu sind komplexe Maßnahmen erforderlich, bei denen die Förderung der Kultur eine wichtige Säule ist. Zusätzlich wollen wir die Infrastruktur des ländlichen Raums weiter verbessern. Hierzu gehört eine bestmögliche Anbindung über den Öffentlichen Personennahverkehr, der auch für die Anbindung an kulturelle Einrichtungen wichtig ist. Weiterhin muss die ärztliche Versorgung genauso flächendeckend angeboten werden, wie wir auch schnelles Internet benötigen. Gleichzeitig setzt sich die CDU für den Erhalt der eigenständigen Grundschulen im ländlichen Raum ein, die neben vielen Aufgaben auch die schulische und außerschulische kulturelle Bildung begünstigen. All dies gehört zusammen, wenn wir über die Struktur Thüringens reden. Bei der Unterstützung der Kultur setzen wir neben der institutionellen Förderung von Kultureinrichtungen, die ausschließlich in Mittelzentren vergeben wird, vor allem auf die Projektförderung, die die kulturelle Vielfalt in ländlichen Regionen absichert.
Auch im Kulturbereich sind Netzwerke sinnvoll, um Synergieeffekte zu nutzen. Hier eignen sich aber oftmals eher thematische oder projektorientierte Netzwerke wie der Bauhausverbund, oder regionale Netzwerke.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Idee der Metropolregion Mitteldeutschland ist durchaus begrüßenswert. Die Vernetzung von Verkehrswegen, die gemeinsame touristische Vermarktung und die Zusammenarbeit bei der Kultur- und Wirtschaftsförderung halten wir für sinnvoll und angebracht. Uns ist dabei wichtig, dass im Modell der Metropolregionen, die regionalen und kulturellen Besonderheiten vor Ort nicht vergessen werden. Zusammenarbeit und Vernetzung finden wir aber grundsätzlich richtig – auch im Kulturbereich. Ein positives Beispiel dafür ist etwa die Welterbe-Region Wartburg-Hainich. Solche Modelle wollen wir in Zukunft von Seiten des Landes stärker unterstützen.

FDP
Die Metropolregion Mitteldeutschland ist eine überregionale Partnerschaft zum Zwecke der regionalen Kooperation und Vernetzung. In der Metropolregion gibt es über 30 öffentliche Theater und mehr als 800 Museen und Sammlungen.
Grundsätzlich unterstützt die FDP Thüringen die im Entwurf des LEP 2025 vorgesehene Metropolregion Mitteldeutschland. Die Liberalen sehen die Metropolregion als Motor und Chance für ländliche Gebiete. Der zentrale Kulturraum schafft neue Möglichkeiten der Kooperationen.
Der Freistaat Thüringen ist durch seine Historie durch kleinteilige, dezentrale Siedlungsstruktur und damit auch kulturelle Landschaft, gekennzeichnet. Dies ist aus Sicht der Thüringer FDP keine Schwäche oder darf gar als Belastung angesehen werden. Es ist eine Stärke, die der Freistaat Thüringen in die Metropolregion Mitteldeutschland einbringen kann. Im Mittelpunkt dabei muss aber die Stärkung der lokalen Ausprägungen stehen und eine „flächendeckende Gleichheit“ des kulturellen Angebotes. Die Liberalen

plädieren dafür, die Stärken auszubauen und so den Charakter der kleinteiligen Struktur für Wirtschaft und Tourismus gleichermaßen hervorzuheben.

DIE LINKE
DIE LINKE steht der Metropolregion Mitteldeutschland kritisch gegenüber, da wir es als essentiell erachten, dass der ländliche Raum als attraktiver Lebensraum mit allen kulturellen und sozialen Facetten gestärkt wird. Aus unserer Sicht muss die öffentliche Daseinsvorsorge im ländlichen Raum stets gewährleistet werden. Dazu zählen neben dem ÖPNV, der Gesundheit, dem Tourismus eben im Speziellen Bildung und Kultur. Die regionalen Besonderheiten des ländlichen Raumes müssen aus unserer Sicht weiter 2 herausgestellt und vermarktet werden. Dabei leisten kulturelle Zentren einen erheblichen Beitrag und sind dabei gleichermaßen identitätsstiftend in und für die Regionen.

SPD
Thüringen kann im Wettbewerb der Regionen nur bestehen, wenn es gemeinsam mit anderen Partnern aus anderen Bundesländern Chancen sucht und die wirtschaftliche Entwicklung voranbringt. Von der Stärkung der Wirtschaftskraft und Wachstum profitiert auch der ländliche Raum. Steigende Einnahmen und wachsende Steuerkraft werden dazu führen, dass die Ausgaben in der Kultur auf dem derzeit hohen Niveau verstetigt werden können. Es ist Aufgabe der Landespolitik stets auch einen Ausgleich der Regionen zu suchen. Die SPD steht dafür, dass sich die Landesförderung in der Kultur an den Besonderheiten der dichten und historisch gewachsenen Kulturlandschaft orientiert. Mit dem Kulturlastenausgleich und den regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen wollen wir neue Wege gehen, um gemeinsam mit den Kommunen ein breites und attraktives kulturelles Angebot gerade im ländlichen Raum sicherzustellen.

3 Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Arbeit der freien Träger, die schon heute die Basisarbeit leisten, so zu unterstützen, dass diese nachhaltig und auf hohem Niveau fortgeführt werden kann?

CDU
Der Schlüssel liegt im Dialog. Die vielfältigen Träger kultureller Einrichtungen müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen auf Augenhöhe darzulegen. Gemeinsam kann man den Spagat zwischen der institutionellen Förderung von Großprojekten und der Projektförderung kleinerer Projekte meistern. Mit der Gründung des Kulturrates wurde ein erster wichtiger Stein dabei gelegt. Zusätzlich können wir uns vorstellen, eine Verfahrenserleichterung für Projektmanager zu realisieren und die Förderung der Stellen in Einzelfällen mehrjährig anzulegen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir wollen die Thüringer Kultur insgesamt stärken. Dazu dürfen wir neben der Institutionellen Kulturförderung vor allem auch die freien Träger in der Breitenkultur, der Soziokultur und der freien Szene nicht aus dem Blick verlieren. Für uns geht es daher darum, die Landesprojektförderungen zu entbürokratisieren und zu verstetigen sowie für mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit zu sorgen, beispielsweise durch die mehrjährige Ausgestaltung von Projektförderungen.

FDP
Nach Auffassung der FDP Thüringen sollte die Arbeit der freien Träger auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleiben. Es bedarf hierzu aber einer kontinuierlichen Evaluierung, um die eingesetzten Mittel zielgerichteter einzusetzen.

DIE LINKE
Freie Träger dürfen nicht länger dem Rechtfertigungszwang ihrer Arbeit unterliegen. Dazu gehört auch, dass sie in einem Kulturfördergesetz für Thüringen explizit bedacht werden. Derzeit werden freie Träger im kulturellen Bereich von verschiedenen Ministerien betreut, ohne dass eine sinnvolle, inhaltliche Zusammenarbeit vorherrscht. Wir stehen für eine Federführung der verschiedenen Projekte im (sozio)kulturellen Bereich durch das Kultusministerium.
Darüber hinaus muss es oberste Prämisse sein, den freien Trägern mehr Planungssicherheit einzuräumen. Projektförderungen müssen aus unserer Sicht auf wenigstens 3 Jahre ausgedehnt werden. Ebenso müssen die einzelnen Dachverbände wenigstens teilweise institutionell gefördert werden, um ihre Beratungs- und Geschäftsstellentätigkeit auch ausfüllen zu können.

SPD
Die SPD hat die bewährten Programme für Projektmanager und jugendkulturelle Mitarbeiter zur Förderung der kulturellen Knotenpunkte und Landesverbände ausgeweitet. Wir setzen uns dafür ein, dass die finanzielle Förderung auf diesem hohen Niveau fortgesetzt werden kann. Mit der überjährigen Förderung von Projektmanagern landesweit tätiger Kulturverbände haben wir in einem ersten Schritt zur Planungssicherheit für die freien Träger beigetragen und wollen mit dem nächsten Haushalt die Voraussetzungen schaffen, um diese auch auf die anderen Kulturbereiche auszuweiten. Wir halten an dem Ziel fest, diese Planungssicherheit durch mehrjährige Förderungen in Zukunft weiter auszubauen, um so Freiheit für Kreativität zu schaffen und die Arbeit der freien Träger gebührend zu würdigen.

4 Wie stehen Sie zu der Forderung, die freie Kulturszene den institutionellen Kultureinrichtungen gleichzustellen und die bisherige projektgebundene Förderung in eine Budgetierung zu überführen?

CDU
Dieser Forderung stehen wir ablehnend gegenüber. Große Kultureinrichtungen brauchen Planungssicherheit. Daher bedarf es der institutionellen Förderung. Ansonsten lebt Kultur von Veränderung. Eine Budgetierung würde nur wenige Projekte fördern, während andere ohne Unterstützung auskommen müssten. Daher sollte die freie Kulturszene auch weiterhin projektbezogen gefördert werden, aber im realistischen Rahmen Flexibilisierungmöglichkeiten erhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Das Verhältnis von institutioneller und projektbezogener Förderung wollen wir ausgewogen gestalten. In der institutionellen Förderung des Landes sehen wir eine wichtige Signalwirkung für langfristig angelegte Strukturen und Perspektiven. Diese Perspektiven müssen zukünftig auch verstärkt der freien Kulturszene zugute kommen. Kulturelle Projektförderung dagegen zeichnet sich für uns eher durch Flexibilität und der Förderung von Innovation, Modernität

und Kontroversen innerhalb von Kunst und Kultur aus. Projektförderung ist auch dazu da, eine avantgardistische Kultur für Thüringen zu fördern. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann die unabhängige freie Szene in Kunst und Kultur des Freistaates leisten. Auch innovative, neue Projekte sollten Zugang zu Projektförderung erhalten.

FDP
Wie unter Punkt 3 genannt, würde eine konkrete Evaluierung auch der freien Kulturszene die Möglichkeit einräumen, bewährte Projekte von der Projektförderung in eine Budgetierung zu überführen. Eine grundsätzliche Budgetierung jedoch lehnt die FDP Thüringen ab. Dies würde neuen und innovativen Ideen im Bereich der freien Kulturszene den Zugang erschweren, würde den Wettbewerb um die besten Ideen verzerren und zu einer Erstarrung dieser Kulturszene führen.
Die FDP in Thüringen bekennt sich zu überschaubarer, abrechenbarer Projektförderung. Ungeprüft Gelder zuzuschießen ist wie Tote am Leben zu erhalten. Die Liberalen plädieren dafür, die projektgebundene Förderung beizubehalten. Viele positive Beispiele im Freistaat zeigen, dass durch Engagement und Projektförderung viel erreicht werden kann.

DIE LINKE
DIE LINKE steht generell für einen Abbau der Bürokratie im Bereich der freien Kulturszene, denn je mehr bürokratischer Aufwand zur Finanzierung und Ausgestaltung der Arbeit vorherrscht, desto weniger Raum bleibt für die Kreativität. Da die freie Kulturszene in ihrer Diversität einen erheblichen kulturellen und demnach gesellschaftlichen Beitrag leistet, ist eine Erleichterung in Form einer Budgetierung aus unserer Sicht für einige Bereiche der freien Kulturszene unterstützenswert, so sie von allen Akteuren gleichermaßen befürwortet wird und in Zusammenarbeit mit den Verbänden eine einheitliche und transparente Regelung gefunden wird.

SPD
Die freie Szene trägt maßgeblich zur Innovation und Erneuerung im Kulturbereich bei. Es muss daher auch immer die Möglichkeit geben, neues zu fördern und zu erproben. Wir haben für die Geschäftsstellenförderung eine Festbetragsfinanzierung ermöglicht. Darüber hinaus haben wir die Finanzierungspläne bei der Bewilligung vereinfacht, um größtmögliche Flexibilität zu schaffen. Die SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass Instrumentarium der Festbetragsfinanzierung auszuweiten.

5 Wie stehen Sie zu der Forderung freier Träger, für die Gewährleistung der Planungssicherheit mehrjährige Förderzeiträume bei der Projektarbeit und im Projektmanagerprogramm des Freistaats Thüringen zu ermöglichen? Wie stehen Sie zu der Forderung nach einer Leistung und Qualifikation angemessenen Vergütung der Projektmanager?

CDU
Längerfristige Förderperioden würden andere Projekte von Zuwendung ausschließen. Auch wenn Planungssicherheit ein verständlicher Wunsch ist, führt dieser doch zur Einschränkung der Vielfalt. Durch den Einsatz von Projektmanagern kann die Vielfalt hingegen gestärkt werden, da diese sich nicht auf ein Projekt konzentrieren, sondern eine Flächenwirkung entfalten sollen. Längerfristige Förderung sollte genau geprüft (evtl. zwischenzeitlich

evaluiert) werden, damit die begrenzten Mittel nicht zu sehr gebunden werden. Eine angemessene Bezahlung sollte garantiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir halten eine Neukonzipierung des Thüringer Projektmanagerinnen- und Projektmanagerprogramms für den Kulturbereich für dringend erforderlich und haben dies auch im Rahmen der Haushaltsberatungen und der parlamentarischen Arbeit immer wieder deutlich gemacht. Die Befristung der Förderung sollte von bisher ein auf drei Jahre ausgeweitet werden. Projekte sollten prinzipiell durch eine Aufbau-, eine Durchführungs- und eine Evaluationsphase gekennzeichnet sein, damit sie nicht nur transparent, sondern auch effizient ausgestaltet werden können. Dies sichert zusätzlich eine gewisse Langfristigkeit, die der Förderung der kulturellen Arbeit unmittelbar zugute kommt. Auch eine unterjährige Förderung wollen wir ermöglichen.

FDP
Die FDP Thüringen steht dem Projektmanagerprogramm kritisch gegenüber. Diese Projektmanager werden den freien Trägern meist von außen „aufgedrückt". Sie kosten viel Geld und bringen nicht immer das, was sich die Kultureinrichtungen von den Projektmanagern wünschen. Zudem wird mit immer mehr Häuptlingen die Bürokratie der Kultureinrichtungen künstlich aufgebläht.

DIE LINKE
Wie eingangs schon beschrieben, unterstützen wir generell mehrjährige Förderungen. Seit Jahren hat sich DIE LINKE im Landtag dafür eingesetzt, die Mehrjährigkeit von Projektförderungen im kulturellen Bereich zu erreichen. Diese Forderung halten wir weiter aufrecht.
Das Projektmanagerprogramm muss aus unserer Sicht dringend verstärkt werden, was sowohl die Schaffung von einem Mehr an Stellen als auch eine Erhöhung der Vergütung bedeutet. Weiterhin stehen wir für die Vergabe von ganzen und halben Stellen und wünschen uns eine Abkehr von den teils intransparent vergebenen „Viertelstellen".

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass insbesondere für landesweit tätige Verbände und kulturelle Knotenpunkte eine mehrjährige Förderung gewährt werden kann wie sie jetzt für Projektmanager von Landesverbänden zugestanden worden ist. Wir haben in der laufenden Legislatur die Vergütung der Projektmanager leicht erhöht und setzen uns für weitere Erhöhungen ein.

II. Kulturelle Bildung

Der Begriff der kulturellen Bildung verbindet sich untrennbar mit dem des lebenslangen Lernens. Die Sicherung von kultureller Bildung und Teilhabe ist eine essentielle Aufgabe der Kultur-, Bildungs- und Landespolitik. Voraussetzungen dafür sind eine angemessene Infrastruktur sowie nachhaltige strukturelle, personelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Damit kulturelle Bildung wirklich gelingen kann, ist eine

generationenübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung unabdingbar.

1 Wie können Sie für die Träger und Einrichtungen der Kulturellen Bildung eine ausreichende Grundsicherung erreichen, damit für sie Planungssicherheit hinsichtlich Personal und Finanzen hergestellt werden kann? Wie kann solch eine Querschnittsaufgabe ressortübergreifend (Kultur-, Bildungs-, Jugend-, Sozialpolitik) organisiert werden?

CDU
Bis 2020 muss Thüringen ohne Hilfe von außen zurechtkommen und auf eigenen Füßen stehen. Angesichts dieser Herausforderung kann eine ausreichende Grundsicherung leider nicht garantiert werden, sondern muss mit jedem Landeshaushalt geprüft werden Daher sind vor allem Kooperationen mit Schulen weiter zu fördern und für die Träger verpflichtend anzustreben. Die Abstimmung zwischen den Ressorts muss vor allem für die Träger transparent erfolgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir stehen für ein ganzheitliches, lebenslang angelegtes Konzept für Kulturelle Bildung. Dabei wollen wir die Trennung der Kulturellen Bildung in die einzelnen Ressorts der Kultur-, Bildungs-, Sozial-, Jugend- und Seniorenpolitik überwinden. Anhand eines ressortübergreifend abgestimmten Konzeptes wollen wir die Förderung der öffentlichen Kultureinrichtungen, Museen und Theater weiter nach vorn bringen, da diese wichtige Lernorte sind, auf die wir nicht verzichten wollen und können. Zudem wollen wir die Barrieren, die den Besuch von Kultureinrichtungen für viele Bevölkerungs- und Altersgruppen erschweren, Schritt für Schritt abbauen. In den Bildungseinrichtungen wollen wir vor allem die Bedingungen und Voraussetzungen für gelingende Kooperationen von Kulturakteuren und dem pädagogischen Personal verbessern, indem wir bedarfsgerechte Fortbildungen und Erfahrungsaustausche anbieten und zudem den Kitas und Schulen eigene Kulturbudgets für Kulturkooperationen zur Verfügung stellen wollen.

FDP
Kulturelle Bildung ist für die Thüringer FDP Zukunftsaufgabe und Bildungsziel. Menschen, die sich mit Kunst und Kultur auseinandersetzen, schulen ihre Kreativität und Kommunikationsfähigkeit. Die beschriebene ressortübergreifende Betrachtung steht für die FDP Thüringen im Mittelpunkt, um den Trägern und Einrichtungen der Kulturellen Bildung eine ausreichende Grundsicherung und damit auch die notwendige Planungssicherheit zu geben. Hierzu müssen aber bürokratische Hürden abgebaut werden. Die Liberalen plädieren aufgrund der Wichtigkeit der Aufgabe dafür, die Zuständigkeiten, die aktuell in Thüringen in den verschiedenen Ministerien liegen, zu bündeln. Aufgeteilte Zuständigkeiten bedeuten unterschiedliche Vorschriften, unterschiedliche Dienstherren, unterschiedliches Vorgehen. Die Zusammenführung der unterschiedlichen Ressorts aus den Ministerien würde deshalb ein konzentrierteres Vorgehen im Bereich der kulturellen Bildung ermöglichen. Ein Vorschlag der FDP wäre deshalb, einen eigenen Staatssekretär für Kultur zu etablieren, der diese Querschnittsaufgabe ressortübergreifend organisieren kann.

DIE LINKE
Wie bereits beschrieben, bedarf es einer grundlegenden Änderung der Förderstrukturen im

(sozio)kulturellen Bereich. Das Thema kulturelle Bildung darf nicht nur ein Lippenbekenntnis der Politik bleiben, sondern muss auf ein zukunftsfestes Grundgerüst zurückgreifen können. Dabei spielen eine ausreichende Finanzierung von Geschäftsstellentätigkeiten ebenso eine Rolle wie eine wenigstens 3jährige Förderung von Projekten in diesem Bereich.
Dazu kommt, dass der Bedarf an Pädagoginnen und Pädagogen an allgemeinbildenden Schulen für die Bereiche Musik und Kunst endlich ausreichend gedeckt werden. Was die Organisation der Querschnittsaufgabe betrifft, sind wir der Meinung, dass es eine Abkehr von verschiedenen Fördervoraussetzungen geben muss. Bis heute werden Träger der kulturellen Bildung mal unter „sozialer Arbeit", mal unter „Träger der Jugendhilfe" und ebenso unter als Bestandteil der Sozio- und Breitenkultur geführt. Diesen Eingruppierungen liegen noch immer sehr verschiedene Förderrichtlinien zugrunde, die nicht immer zielführend für die Nachhaltigkeit eines oder mehrerer Projekte sind. Daher ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass sich die Kultus- und Sozialministerien auf eine einheitliche Förderrichtlinie verständigen und auch gemeinschaftlich die Förderung der kulturellen Bildung angehen.

SPD
Die SPD hat mit dem Kulturkonzept die kulturelle Bildung zu einem zentralen Anliegen des Kulturkonzeptes und damit der Thüringer Kulturpolitik gemacht. Wir wollen, dass kulturelle Bildung und Teilhabe von klein auf allen Thüringerinnen und Thüringern ermöglicht wird. Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass die Kindertagesstätten und Schulen als tragende Säulen der kulturellen Bildung weiterhin personell gut ausgestattet werden. Wir werden daher die verbesserte Personalsituation in den Kindergärten bewahren sowie die deutliche Erhöhung des Einstellungskorridors für Lehrerinnen und Lehrer fortsetzen. Planungssichersicherheit sollen auch weiterhin die vom Land institutionell geförderten Kultureinrichtungen erhalten, die umfangreich Aufgaben in der kulturellen Bildung wahrnehmen. Mit den kommunalen Trägern und Förderern sollen Zielvereinbarungen zur verbesserten Absicherung des Personals für kulturelle Bildung in den Museen, Theatern und Orchestern, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen verhandelt werden. Die freien Träger wollen wir durch eine Verstetigung der Landesfinanzierung auf dem derzeit hohen Niveau dabei unterstützen ihre Angebote weiterzuführen und fortzuentwickeln.

2 Im Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen", im Projekt „Kulturelle Bildung macht kompetent!" sowie in zahlreichen weiteren kulturellen Praxisfeldern werden Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen, freien kulturellen Trägern und Schulen bereits praktiziert.
Wie können diese Kooperationen strukturell und finanziell abgesichert und verstetigt werden? Würden Sie verbindliche Kooperationsvereinbarungen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen unterstützen, um kulturelle Bildung und Teilhabe im städtischen wie im ländlichen Raum zu fördern?

CDU
Die begrenzten Mittel im kulturellen Bereich können nur durch gezielte und effektive Kooperationen sinnvoll eingesetzt werden. Kooperationsvereinbarungen können längerfristige Zusammenarbeit garantieren und damit eine verlässliche Haushaltssituation ermöglichen. Es geht darum, in den Schulen das notwendige Verständnis zu wecken und Kooperationen mit Nachdruck zu befördern. Gleichzeitig stehen wir zu ressortübergreifenden

Finanzierungen für Querschnittsprojekte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Das Bundesprogramm „Kulturagenten“ wollen wir für Thüringen weiterführen und möglichst auf noch mehr Schulen ausweiten. Dazu werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Programm auch über 2015 hinaus fortgeführt wird. Die Ko-Finanzierung seitens des Landes werden wir sicherstellen. Verbindliche Kooperationsvereinbarungen von Bildungseinrichtungen mit öffentlichen Kultureinrichtungen des Landes können dies sinnvoll unterstützen. Schon heute sind viele Kulturschaffende in der kulturellen Jugendbildung, der kulturellen Erwachsenenbildung und anderen Formen der Vermittlung von kulturellen und künstlerischen Inhalten und Darstellungsformen überaus aktiv. Mit verbindlichen Kooperationsvereinbarungen können die Angebote besser abgesichert werden.

FDP
Die FDP Thüringen befürwortet grundsätzlich Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen. Diese erweitern das programmatische Spektrum für das Publikum, dienen der besseren Vermarktung, stärken die Vernetzung und ermöglichen gegenseitiges Lernen.
Vor allem die Kooperationen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtung erachtet die FDP als besonderes wichtig. Kinder und Jugendliche, die die Möglichkeiten der Kulturarbeit kennenlernen und nutzen können, schulen ihre Kreativität, ihr Selbstbewusstsein und ihre Kommunikationsfähigkeit. Alle diese Kompetenzen erachtet die FDP als wichtig für das spätere Berufsleben und befürwortet auch deshalb die Kooperationen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen ausdrücklich. Auf diesem Wege können auch vorhandene Mittel und Personal noch effizienter genutzt werden, um die beschriebenen Modellprogramme weiter auszugestalten.

DIE LINKE
Kultur und Bildung sind siamesische Zwillinge, die gemeinschaftlich als Säulen einer Gesellschaft fungieren. Kultur ist Lebendigkeit, Widerspruch, Vielfalt und Inspiration. Sie regt zum Innehalten, Nachdenken und zur Meinungsbildung an. Kultur ist das Fundament unserer Gesellschaft und der Grundstein für Demokratie, denn sie schafft Toleranz, Selbstvertrauen und ermöglicht die Kommunikation mit allen Menschen um uns herum.
Gerade deshalb ist kulturelle Bildung in jedem Alter und Entwicklungsstadium unverzichtbar, denn sie bildet den Grundstein für das Heranwachsen aufgeklärter Menschen, die zu mündigen und aktiv an der Demokratie teilhabenden Bürgerinnen und Bürgern werden können.
Kulturelle Bildung soll und muss aus unserer Sicht nicht allein aus der Bildungseinrichtung (wie z. B. aus allgemeinbildenden Schulen) selbst angeboten werden. Vielmehr ist die Zusammenarbeit mit Kultureinrichtungen als Unterstützung des jeweiligen Lehrplanes und als Vertiefung bestimmter Themen durch das praktische Erleben eines Sachverhalts ein zukunftsweisender Weg. DIE LINKE unterstützt daher ausdrücklich Kooperationen und Vernetzungen von Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen sowie Trägern der Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen Kultureinrichtungen, um einen ganzheitlichen Kultur- und Bildungsansatz für alle Menschen zu gewährleisten.
Theater, Museen, Bibliotheken und Gedenkstätten sind wichtige außerschulische Lernorte. Lernen vor Ort ist nicht nur für die sinnlich-ästhetische Erfahrung wichtig, sondern verstärkt durch das praktische Erleben auch den Lerneffekt. Kulturelle Bildung vermittelt auf ganz

unterschiedliche Weise die Befähigung, gesellschaftliche Prozesse zu verstehen, sie für sich weiter zu entwickeln und somit auch Teil einer Wertegesellschaft zu sein, die man aktiv mit und die Lust, sie mitzugestalten möchte.
Gerade auch die Soziokultur bietet einen Zugang zum aktiven Gestaltungsprozess. Jugendkunstschulen, Musikschulen und andere künstlerische und soziale Projekte und Initiativen in den Kommunen laden zum Mitmachen und Mitgestalten ein. Sie sind ausschlaggebend dafür, dass Kultur für jeden von uns ohne Berührungsängste real wird. Um aber ein nachhaltiges kulturelles Bildungsangebot anbieten zu können, an dem alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und privatem Geldbeutel teilhaben können, bedarf es neuer und transparenter Finanzierungsstrukturen, mehr Planungssicherheit durch eine solide Grundfinanzierung und eine mehrjährige Projektförderung für die Kultureinrichtungen sowie eine Abkehr aus teils prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wichtig ist dabei, dass auch Neuem in der Kultur Raum und Möglichkeiten gegeben werden. Das, was z.B. in der freien Szene entsteht, bedarf der Unterstützung durch das Angebot der Kultur- und Bildungsinstitutionen, wobei es oft schon genügt, bürokratische Hürden und Zuständigkeitsgerangel zu überwinden.
Kulturelle Bildung soll aber keinesfalls als Gegenbild zur schulischen Bildung gesehen werden – im Gegenteil. Die kulturelle Bildung muss auch wieder verstärkt an Bildungseinrichtungen Einzug halten. Für kulturelle Bildung an Kitas und Schulen müssen aber Voraussetzungen geschaffen werden. Daher muss gewährleistet sein, dass die Zusammenarbeit mit Kultureinrichtungen auch in der Bildungseinrichtung selbst vermehrt stattfinden kann. Dazu gehören neben räumlichen Gegebenheiten auch materielle Ausstattungen und qualifiziertes Personal. Kulturelle Bildung lebt von Diversität. Daher dürfen traditionsreiche und moderne Kulturtechniken nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gerade der Umgang mit neuen Medien und die eigene Erschließung selbiger ist eine sinnliche – ästhetische Erfahrung des 21. Jahrhunderts, die an Bildungseinrichtungen erlebbar gemacht werden muss. Jedem Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, Zugang zu traditionsreichen wie modernen Kulturtechniken im Bildungsprozess zu haben.

SPD
Die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Thüringen als eines von fünf und als einziges neues Bundesland am Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen“ teilnimmt. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir fortsetzen. Dies ist aber nur ein Baustein, um kulturelle Bildung und Teilhabe von Kindern in Thüringen zu ermöglichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Finanzierung erfolgreicher Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen, freien kulturellen Trägern und Schulen durch gemeinsame Anstrengungen der Träger und Finanziers fortgesetzt werden können. Die Erfahrungen aus den Programmen in Thüringen sollen auch in Zukunft genutzt werden, um erfolgreiche Formate weiterzuentwickeln. Verbindliche Zielstellungen zwischen Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten perspektivisch im Rahmen von Ziel- und Kooperationsvereinbarungen Bestandteil der Landesförderung werden.

3 Lebenslanges Lernen benötigt gute Rahmenbedingungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung.
Welche Strukturen wollen Sie im Freistaat aus- und aufbauen, um im kulturellen Bereich ein breites Spektrum anbieten zu können? Wie garantieren Sie eine hohe Wahrnehmung und Qualität der Qualifizierungen besonders im pädagogischen

Kontext?

CDU
Lebenslanges Lernen ist ein wichtiges Ziel der Bildungsarbeit, das in unserer Gesellschaft immer wichtiger und notwendiger wird. Daher sind die Träger aufgefordert, ihre Mitarbeiter zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anzuhalten. Das Land kann gemeinsam mit dem Thüringer Institut für Lehrerbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm), den Volkshochschulen und Wirtschaftsverbänden Modelle
dazu entwickeln. Vorbild dazu sind Initiativen wie der Kompetenznachweis Kultur. Im Kontext der Aus-, Fort- und Weiterbildung wollen wir auch die Landesmusikakademie weiter stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Eine hohe Qualität der kulturellen Bildungsarbeit und eine pädagogische Professionalisierung wollen wir möglichst breit unterstützen. Dazu gilt es, die vorhandenen Ressourcen der Thüringer Hochschulen, des Thillm, der kulturellen Fachverbände und der Kultureinrichtungen bestmöglich zu vernetzen und zu bündeln. Insbesondere den Bereich der kulturellen Erwachsenenbildung wollen wir zukünftig stärken. So hat unsere Fraktion ein Bildungsfreistellungsgesetz im Thüringer Landtag vorgelegt, das jährlich fünf Tage Bildungsfreistellung für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer auch für kulturelle Bildung ermöglicht. Leider haben SPD und CDU dies ebenso wie die FDP abgelehnt.

FDP
Nach Ansicht der FDP Thüringen bedarf es auch in diesem Bereich einer grundlegenden Evaluierung der bestehenden Strukturen. Wurden in der Vergangenheit mit den bestehenden Mitteln die Ziele erreicht oder sollen doch neue Wege beschritten werden? Welchen Stellenwert hat kulturelle Bildung an den Schulen? Wie sind Schulen, freie Träger, private Träger und Institutionen der kulturellen Bildung miteinander vernetzt und entspricht die pädagogische Ausbildung des Personals den Anforderungen?

DIE LINKE
Im Erwachsenenbildungsbereich stehen für uns zwei Ziele im Mittelpunkt: Einerseits die Stabilisierung und Aufwertung der Beschäftigungsverhältnisse, andererseits die Schaffung innovativer Lösungen, um den Zugang aller Menschen zu qualitativ hochwertigen Weiterbildungsangeboten über die entsprechenden Kosten- und Zeitfonds zu erreichen. Deshalb will DIE LINKE einen Erwachsenenbildungspakt.
Die LINKE Thüringen tritt dafür ein, dass in den Erwachsenenbildungspakt die musikalische und künstlerisch-gestaltende Bildung einbezogen wird. Dazu sind Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Erwachsenenbildung, den Musik- und Kunstschulen sowie den Theatern und Orchestern zu fördern. Den generationsübergreifenden Projekten soll dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Darüber hinaus ist aus unserer Sicht die Einbeziehung der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e.V. als Schnittstelle und der Thüringer Hochschulen ein wichtiger Aspekt.
Für Pädagoginnen und Pädagogen an allgemeinbildenden Schulen ist besonders das Thillm in Kooperation mit Kultur- und Bildungseinrichtungen ein wichtiger Partner.

SPD
In der Erwachsenenbildung bilden die Volkshochschulen zusammen mit den freien Trägern

das Fundament des lebenslangen Lernens in der kulturellen Bildung. In Regierungsverantwortung hat die SPD dafür gesorgt, dass die Landeszuweisungen für die Erwachsenenbildung von rund 5 Millionen Euro im Jahr 2009 auf über 6 Millionen Euro im Jahr 2014 gesteigert wurden. Hier gilt es gemeinsam mit den Trägern die gute Zusammenarbeit mit den Kulturschaffenden weiterzuentwickeln, um so die Angebote attraktiv zu gestalten.

4 Wie wollen Sie konkret den Zugang und die Nutzbarkeit von kulturellen Angeboten für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Menschen mit Behinderungen voranbringen und finanziell untersetzen?

CDU
Kultur ist für alle da. Niemand sollte von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen werden. Daher ist die Erreichbarkeit auch für Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. So könnten bspw. Fördermittel für Aus- und Neubauten an die angemessene Ausstattung für Menschen mit Behinderung gekoppelt werden. Auch hier ist die Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen. Menschen mit Migrationshintergrund sollen am kulturellen Leben beteiligt sein. Diese sind daher besonders auf das kulturelle Angebot aufmerksam zu machen. Eine stärkere Beteiligung als Akteure im kulturellen Leben wäre darüber hinaus wünschenswert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir wollen kulturelle Teilhabe für alle hier lebenden Menschen ermöglichen. Wir wollen die Zugänge zu Kunst und Kultur verbreitern, indem wir von Anfang an auf kulturelle Bildung setzen und die Kultureinrichtungen vor Ort stärken. Unsere Kulturlandschaft in Thüringen soll zudem für jede und jeden interessant, erschwinglich und zugänglich sein. Wir wollen das Potenzial von jugend- und subkulturellen Räumen, wie beispielsweise Skaterparks und Jugendzentren, fördern und dezentrale und niedrigschwellige Kulturangebote stärken. Gemeinsam mit den Kultureinrichtungen wollen wir nach Wegen suchen, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Kultureinrichtungen zu erhöhen. Wir setzen uns zudem für eine inklusive Gesellschaft ein. Verschiedenheit ist normal und gehört dazu. Diesem Grundsatz muss auch die Thüringer Kulturlandschaft Rechnung tragen. Der barrierefreie Umbau der Kultureinrichtungen muss daher deutlich ausgeweitet werden – auch das Land steht hier in der Verantwortung.

FDP
In diesem Bereich sind in erster Linie die Fachreferate für Migration und/oder die Gleichstellungsbeauftragten in den kommunalen Strukturen gefordert. Nur vor Ort kann der Bedarf ermittelt und die Förderprojekte angefragt werden. Eine bessere Vernetzung dieser bestehenden Strukturen mit den kulturellen Einrichtungen unterstützt die FDP Thüringen. Weiter existiert eine Vielzahl von Förderprogrammen, die z.B. vom Bundesamt für Migrationsfragen angeboten werden. Häufig sind diese aber mit einem viel zu hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Auch hier setzt sich die FDP Thüringen für eine Entbürokratisierung ein, um zeitnah und zielgerichtet diese Projekte dem Bedarf angepasst anbieten zu können.

DIE LINKE
Thüringen muss sich verstärkt der interkulturellen Arbeit widmen und so auch einen

Brückenschlag zu den gewachsenen und neuen kulturellen Angeboten herstellen. Eine aktive Förderung und landesweite Einbeziehung von interkulturellen Projekten und Kultur- und Bildungsprojekten von und mit Menschen mit Behinderungen können seitens des Landes im Anreizverfahren gegeben werden. Denkbar ist auch eine verstärkte Vermarktung bundes- und europaweiter Projekte zu diesen Thema. Dem Abbau der Barrierefreiheit, sowohl digital als auch an den Gebäuden der Einrichtungen selbst, kommt dabei einer der wichtigsten Aspekte zu. Ein Teil eines von uns favorisierten „Investitionsprogramms Kultur" würde dafür auch herangezogen werden können.
Das „Investitionsprogramm Kultur" umschließt dabei aber auch die Gewährleistung des Brandschutzes und die Grundsanierung vieler teils maroder Bausubstanzen der Gebäude von Kultureinrichtungen in Thüringen.

SPD
Es ist Ziel der SPD allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Kultur und kultureller Bildung zu ermöglichen. Kindertagesstätten und Schulen als tragende Säulen der kulturellen Bildung kommen daher wegen des Zugangs zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Schlüsselrolle zu. Daher wird sich die SPD dafür einsetzen, bei der Erstellung von kulturellen Konzepten und bei der Weiterentwicklung der Bildungspläne die unterschiedlichen Erlebniswelten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deutscher Herkunft zu berücksichtigen, wobei dies als gegenseitiger Dialog ausgestaltet werden muss. Die Kultureinrichtungen müssen Programme für Menschen mit Migrationshintergrund entwickeln, um den unterschiedlichen Kulturtraditionen, Kunstpraktiken und Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dabei ist ein offener Dialog zwischen den Kulturen unabdingbar. Kooperationen zwischen traditionellen Kultureinrichtungen und Kulturvereinen mit fremden Wurzeln sind dabei ebenso wichtig wie mehrsprachige Angebote. Für den Bereich der Erwachsenenbildung sind gemeinsam mit den Trägern die bestehenden Konzepte und Handlungsansätze fortzuentwickeln.
Die Erarbeitung von Konzepten zur besseren Einbeziehung von Behinderten ist eine gemeinsame Aufgabe von Land, Kommunen, Kultureinrichtungen, Verbänden und Zivilgesellschaft. Die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die barrierefreie Nutzung kultureller Angebote bei einer Förderung von Investitionen durch das Land ein wichtiges Kriterium bei der Bewilligung ist. Doch dies ist nur ein erster Schritt: wir werden gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten ein Grundkonzept und Handlungsleitfaden für den Kulturbereich erarbeiten und schrittweise umsetzen, der im Sinne einer „Kultur für alle" die barrierefreie Nutzbarkeit vieler kultureller Angebote zum Gegenstand hat.

III. Ehrenamt

Die reiche Kulturlandschaft Thüringens hat sich in einer besonderen Verknüpfung von haupt- und nebenberuflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit feldspezifisch entwickelt. Viele Menschen engagieren sich bereits ehrenamtlich. Damit dieses Engagement bei einer Verstetigung der Aufgaben und Ausweitung der Angebote nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch mehrt, braucht zivilgesellschaftliches Handeln gute Rahmenbedingungen.

1 Wie wollen Sie erreichen, dass der Arbeitsmarkt für Festangestellte und Honorarkräfte nicht dauerhaft der Sparmentalität einer Projektkultur unterworfen bleibt und unfreiwilliges Ehrenamt hervorbringt?

CDU
Das Land ist leider nicht in der Lage, alle Bereiche im öffentlichen Leben vollumfänglich zu finanzieren. Auch deswegen ist ehrenamtliches Engagement von unschätzbarem Wert für das kulturelle Leben. Die Thüringer Union will ehrenamtlich tätige Menschen, auch im Kulturbereich, vielfältig unterstützen. Dies kann beispielsweise über den Ausbau der Thüringer Ehrenamtskarte erfolgen, die ehrenamtliches Engagement durch Vergünstigungen würdigt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wer die kulturelle Entwicklung eines Landes in weiten Teilen nur auf die Schultern ehrenamtlich tätiger Menschen legt, entzieht sich seiner Verantwortung. Es braucht daher im Kulturbereich insgesamt mehr finanzielles Engagement sowohl des Landes als auch des Bundes. Allein die jährlichen Kostensteigerungen (Betriebs-, Sach- sowie Personalkosten) bringen viele Kultureinrichtungen mittlerweile an den Rand ihrer Existenz. Daher wollen wir mit unserem Kulturfördergesetz mehr Verlässlichkeit und auch eine bessere Absicherung der Kulturschaffenden erreichen. Dazu wollen wir das Verhältnis von institutioneller und projektbezogener Förderung ausgewogen gestalten.
Insbesondere legen wir Wert darauf, dass es mehr dauerhafte und damit reguläre Arbeitsverhältnisse und weniger Ausbeutung im Kulturbetrieb gibt. Ohne funktionierende hauptamtliche Strukturen kann Ehrenamt auf Dauer nicht gelingen.

FDP
Diese Frage lässt sich nicht beantworten, da hier Arbeitsmarkt und Ehrenamt miteinander verknüpft werden.

DIE LINKE
Im Bereich der Kulturarbeit und insbesondere der kulturellen Kinder– und Jugendbildung will DIE LINKE mehrjährige Projekte fördern, die sowohl Sach- als auch Personalkosten umfassen und von allen Trägern beantragt werden können. Hinzu kommen die bereits beschriebenen Veränderungen in der Kulturfinanzierung generell und speziell in der Neuausrichtung des Projektmanagerprogrammes. So wollen wir dem „unfreiwilligen Ehrenamt“ im Kultursektor entgegen wirken und Planungssicherheit sowie berufliche Perspektiven ermöglichen. Derartige Projekte sollen insbesondere die Teilhabemöglichkeiten an Kultur ohne soziale Hemmnisse erweitern.

SPD
Die SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Kulturförderung auf hohem Niveau fortgesetzt wird und für Projekte und Institutionen in allen Sparten Mittel bereitgestellt werden. Die Förderung kultureller Vorhaben mit Planungssicherheit und die Finanzierung von hauptamtlichem Personal schaffen gerade auch für ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger Anreize sich zu engagieren. Damit besteht die Chance, dass haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit sich weiterhin sinnvoll ergänzen.

2 Wie positionieren Sie sich zur Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit im Freistaat Thüringen und in welcher Form soll diese Anerkennung erfolgen?

CDU
Der hohe Einsatz Ehrenamtlicher muss öffentlich stärker gewürdigt werden. Die Verleihung von Ehrenamtsauszeichnungen durch die Kommunen, sowie die Ausgabe der Ehrenamtskarte sind eine kleine, aber wichtige Anerkennung für die geleistete Arbeit. Darüber hinaus zeichnet die CDU-Landtagsfraktion ehrenamtliches Engagement einmal jährlich gesondert aus. Diese Anerkennungskultur muss beibehalten werden. Zugleich muss geprüft werden, inwieweit ehrenamtliches Engagement noch höher bei der Steuer angerechnet werden kann. Zudem muss das Haftungsrisiko für Ehrenamtliche verringert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
In Thüringen gibt es eine hohe Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Gleichzeitig fehlt es jedoch an einer lebendigen Anerkennungskultur, die ihren Namen wirklich verdient und die dieses Engagement adäquat unterstützt. Anerkennung kann zwar – so wie bisher – über Auszeichnungen und Preise geschehen, darf aber nicht allein darauf reduziert werden. Ehrenamtlich Tätige müssen auch durch kostenfreie Fortbildungsangebote und angemessene Aufwandsentschädigungen gestärkt werden. Dazu wollen wir die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

FDP
Das Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Die FDP Thüringen steht für ein starkes bürgerschaftliches Engagement, das im Kultursektor maßgeblich in Vereinen, Stiftungen und Freundeskreisen verankert ist. Die Rahmenbedingungen dieser Initiativen müssen verbessert werden. Die FDP hat sich in der aktuellen Legislaturperiode immer wieder für die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten eingesetzt. U.a. bekannte sich der Thüringer Landtag im Dezember 2012 auf Antrag der FDP-Fraktion einmütig zum Ehrenamt. In diesem Antrag wurde festgestellt, dass bürgerschaftliches Engagement einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens wären ohne die ehrenamtlich Tätigen nicht denkbar. Deshalb verdient dieses Engagement Anerkennung und Unterstützung, für die sich die FDP in Thüringen auch weiter stark machen wird.
Jedoch ist ein Ehrenamt eben ein Ehrenamt. Wer dieses mit konkreten Forderungen verbindet, hat die Intention eines Ehrenamtes gründlich missverstanden. Zivilgesellschaftliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung sind häufig die Grundlage für funktionierende Initiativen auf der untersten Ebene. Sie dienen dem Gemeinwohl, dem Funktionieren kleinster Strukturen und dem Zusammenhalt der Gemeinschaft. So erfolgt die Anerkennung dieser Leistung auch häufig auf dieser Ebene. Auslobungen von Anerkennung langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit bestehen bereits und werden auch durchgeführt.

DIE LINKE
Die Anerkennung des Ehrenamts ist für DIE LINKE eine Herzensangelegenheit, denn es sind auch gerade die Ehrenamtlichen, die sich freiwillig und mit viel Leidenschaft für das 6 Kulturland Thüringen engagieren. Daher sind öffentliche Auszeichnungen ein wichtiger Bestandteil, den wir fortführen und erweitern möchten.

SPD
Eine ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt in vielen gesellschaftlichen Bereichen und bedarf der Anerkennung durch Staat und Gesellschaft. Es ist daher eine Anerkennungskultur erforderlich, die sich auf vielfältige Weise ausdrücken kann. Bewährte Anerkennungen wie der Thüringer Denkmalschutzpreis, die Förderung von Kirchbauvereinen, der Thüringer Kulturpreis oder die unter der SPD neu geschaffene Auszeichnung „Kulturnadel“ sind geeignete Instrumentarien um die ehrenamtliche Tätigkeit im Kulturbereich anzuerkennen. Auch wird sich die SPD für den Abbau von Haftungsrisiken im Ehrenamt und stärkere Anreize im Steuerrecht einsetzen, um die Arbeit im Ehrenamt zu erleichtern.

3 Sind Sie der Auffassung, dass der Freistaat Thüringen speziell jungen Menschen ausreichende Möglichkeiten und attraktive Rahmenbedingungen für ein zivilgesellschaftliches Engagement bietet? Welche Anreize können hier geschaffen werden?

CDU
Die Entscheidung zu einem Ehrenamt ist individueller Natur. Durch die öffentliche Anerkennung wird ein wichtiger Beitrag geleistet. Zudem wird die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Projektförderung besonders berücksichtigt. Zusätzlich kann bereits in den Schulen noch stärker auf die Bedeutung des Ehrenamtes aufmerksam gemacht werden, denn manchmal fehlt es nur am Wissen über Möglichkeiten des Engagements. In diesem Zusammenhang kann man auch auf Förderer und Bildungsmaßnahmen, wie die JULEICA aufmerksam machen. Um das ehrenamtliche Engagement im kulturellen Bereich zu befördern, muss kulturelle Bildung langfristig und nachhaltig angelegt sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Thüringen kann hier mehr tun. Insbesondere braucht es mehr niedrigschwellige und weniger formale Programme und Projekte, die junge Menschen für zivilgesellschaftliches Engagement begeistern. In den Kommunen und Landkreisen wollen wir gezielt Vorbilder und UnterstützerInnennetzwerke für junge Menschen fördern. Damit Partizipation und Engagement von Anfang an dazu gehört, wollen wir unsere Kitas und Schulen zu Orten lebendiger Demokratie und Mitbestimmung machen. Zudem braucht Engagement von jungen Menschen zuverlässige Rahmenbedingungen. Daher setzen wir uns für deutlich spürbare Verbesserungen auch in der Kinder- und Jugendarbeit ein.

FDP
Die Thüringer Liberalen sind davon überzeugt, dass privates und ehrenamtliches Engagement als wichtige Ergänzung zur staatlichen Förderung im Kulturbereich ausgebaut werden muss. Es ist notwendig, die öffentliche Anerkennung auszubauen und bürokratische Hindernisse abzubauen. Nachhaltige Politik muss das Engagement der Menschen und besonders der jungen Menschen unterstützen und sie befähigen, durch vielerlei Initiativen zu einer lebenswerten Umwelt beizutragen. Im Zentrum dieser Bemühungen stehen die jungen Menschen und Familien.
Konkrete Vorschläge wurden schon in der aktuellen Legislaturperiode gemacht. Im Plenum des Thüringer Landtages rief die FDP dazu auf, ehrenamtlich Tätige von unnötiger

Belastung zu befreien und damit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern den Freiraum zu geben, den sie für diese Tätigkeiten benötigen.
Ehrenamtliches Engagement in Sportvereinen oder Kinderfreizeitvereinen, das häufig von Eltern und jungen Menschen bestritten wird, sollte nach Ansicht der Thüringer Liberalen vor allem mit Blick auf die Verwaltungsgebühren für Führungszeugnisse von Übungsleitern nicht noch durch Gebühren belastet werden. Auf Initiative der FDP wurde beispielsweise die Bezuschussung von Lkw-Führerscheinen für Feuerwehrleute umgesetzt. Dadurch wird die Mitarbeit in Freiwilligen Feuerwehren wieder attraktiver.

DIE LINKE
Thüringen verfügt über eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen, die auch Raum für zivilgesellschaftliches Engagement bieten. Da dies größtenteils über Vereinsstrukturen abgedeckt wird, ist zum einen eine stärkere Bewerbung und Vernetzung untereinander erforderlich. Diese Vernetzung kann auch Teil eines von uns geplanten gemeinsamen Kulturportals sein, auf dem alle Informationen gebündelt werden sollen. Zum anderen bedarf es einer Aufrechterhaltung und eines Ausbaus der Vereinslandschaft mit finanziellen Mitteln durch die Kommunen. Das Land muss daher dafür Sorge tragen, dass alle Kommunen in der Lage sind, ihre regionalen Strukturen verstetigen zu können.
Darüber hinaus sehen wir selbstverwaltete Kinder- und Jugendprojekte im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements als unterstützenswert an. Für diese Form müssen adäquate Unterstützungsmöglichkeiten gefunden werden, die in einem Dialogverfahren mit Initiativen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet werden können.

SPD
Die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für die kulturelle Betätigung von jungen Menschen ist eine gemeinsame Aufgabe von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft. In vielen Vereinen, insbesondere auch kulturellen Knotenpunkten, die das Land gemeinsam mit den Kommunen fördert, betätigen sich auch viele junge Menschen. Das Angebot ist gemeinsam mit den kulturellen Akteuren zu evaluieren und altersadäquat unter Beachtung eines geänderten Freizeitverhaltens, der Rezeptionsgewohnheiten und Kommunikationsmöglichkeiten weiterzuentwickeln. Die kulturelle Bildung wird bei der Gewinnung junger Menschen eine erhebliche Rolle spielen.

FRAGEN DER KULTURELLEN FACHVERBÄNDE

BDK – FACHVERBAND FÜR KUNSTPÄDAGOGIK, LANDESVERBAND THÜRINGEN

1 Welche Übergangsregelungen sollte das Land für den Erhalt der Bildungsqualität an Thüringer Schulen in Anbetracht der Alterspyramide und der zunehmenden fachfremden Unterrichtsvertretung auch im Fach Kunsterziehung schaffen?

CDU
Leider fällt in den letzten Jahren mehr Unterricht aus. Davon ist auch das Fach Kunst betroffen. Gleichzeitig sind die Bildungsausgaben Thüringens pro Schüler bundesweit unerreicht. Zudem sind diese Ausgaben in den letzten Jahren entgegen der allgemeinen Haushaltsentwicklung weiter gestiegen. Der Lehrermangel auch im Fach Kunst muss durch gezielte Neueinstellungen kompensiert werden. Dazu will die
CDU den Lehrerbedarf in den einzelnen Fächern noch genauer bestimmen und an die potentiellen
Nachwuchslehrer besser kommunizieren. Zudem plant die CDU in den kommenden Jahren die durchschnittliche Einstellung von 500 neuen Lehrern pro Jahr. Mit diesen Maßnahmen wollen wir eine Unterrichtsgarantie für alle Fächer erreichen. Auch die fachfremde Unterrichtsvertretung soll damit vermieden werden. Daher müssen ausreichend Lehrer mit entsprechender Qualifikation zur Verfügung stehen.
Zusätzlich ist es gerade im Kunstunterricht erstrebenswert, dass Schulen für projektorientierten Unterricht und Projekte externe Angebote und Personen nutzen. Hier ist eine verstärkte Kooperation beispielsweise mit dem Verband bildender Künstler wünschenswert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Thüringen muss deutlich stärkere Anstrengungen unternehmen, um die Personalsituation in den Schulen zu verbessern. Dazu hat unsere grüne Fraktion im Thüringer Landtag entsprechende Anträge vorgelegt. Der Unterrichtsausfall und die fachfremde Vertretung nehmen immer mehr zu. Das trifft leider auch den Bereich der Kunsterziehung. Um dem hohen Unterrichtsausfall, der massiven Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und dem hohen Krankenstand zu begegnen, reichen jedenfalls bloße Ankündigungen der Landesregierung nicht mehr aus. So braucht es dringend zusätzliche Mittel für eine verbesserte Gesundheitsvorsorge für die Lehrkräfte. Der landesweite Vertretungspool für flexible Krankheitsvertretungen ist bisher kaum umgesetzt worden und eine landesweite tragfähige Personalentwicklungsplanung ist ebenfalls nicht in Sicht. Unser Ziel ist eine vorsorgende Personalpolitik. Angesichts der hohen Anzahl derjenigen Lehrkräfte, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden, fordern wir deutlich mehr Neueinstellungen als bisher geplant sind. Auch die Anwerbung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern erachten wir für notwendig. Zudem muss darüber nachgedacht werden, Künstlerinnen und Künstler über entsprechend qualifizierende Weiterbildungsangebote ebenfalls Wege zu eröffnen, Kunsterziehung zu unterrichten.

FDP

Die Forderung der FDP Thüringen nach genügend Musik- und Kunstlehrern in Thüringen verdeutlicht, dass es aus unserer Sicht keine Übergangsregelung geben sollte. Fachfremde Unterrichtsvertretung im Fach Kunsterziehung entspricht alles andere als einem adäquaten Ersatz.

Vor allem die starren Zugangsregeln für Kunstpädagogen mit Migrationshintergrund verhindern, dass diese Lehrkräfte in den Schulalltag integriert werden können. Diese Potenziale werden verschenkt! Nicht nur, dass die Schülerinnen und Schüler Akzeptanz zu Migranten und deren Kultur und Sprache gewinnen können, sondern die Qualität der Ausbildung der Zuwanderer wird aufgrund der unterschiedlichen Ausbildung nicht genutzt. Die Ausbildung ist sicher nicht deckungsgleich mit der an deutschen Hochschulen. Die Frage der Qualität wird nicht gestellt, sie wird eben nur nach anderen Kriterien ausgerichtet. Eine fachfremde Vertretung entspricht demgegenüber aber alles andere als einem adäquaten Ersatz. Hier sieht die FDP Thüringen dringenden Handlungsbedarf!

DIE LINKE

DIE LINKE hat sich im Thüringer Landtag mit einem Antrag an die Landesregierung gewandt, der genau diese Problematik aufgreift. Für uns gibt es einen eklatanten Widerspruch zwischen den Anforderungen und Ausarbeitungen des Thüringer Bildungsplanes 0-10 im Bezug auf die künstlerisch-gestaltende und ästhetische Bildung und der Unterrichtssituation an allgemeinbildenden Schulen.

Wir sehen es daher als einen Weg, dass natürlich die fehlende Lehrerschaft an allgemeinbildenden Schulen umgehend besetzt werden muss. Allerdings muss in der Zwischenzeit das Fach Kunsterziehung – ähnlich wie das Fach Musik – qualitativ hochwertig erteilt werden können. Dabei können unserer Überlegung nach die Jugendkunstschulen eine sehr wichtige Rolle spielen, da Akteure selbiger, aber auch ausgebildete Künstlerinnen und Künstler das Fach Kunsterziehung an allgemeinbildenden Schulen grundsätzlich unterrichten können. Dies könnte auch durch Kooperationsvereinbarungen von Jugendkunstschulen mit allgemeinbildenden Schulen für die Zeit bis zur auskömmlichen Besetzung der Lehrerschaft festgeschrieben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Künstlerinnen und Künstler in Anlehnung an Tarif bezahlt werden. Die jetzige Landesregierung und die Regierungsfraktionen haben dies abgelehnt.

Ebenso wurden unsere Vorstöße zur Besserstellung von Jugendkunstschulen bis jetzt abgeblockt. Wir wollen, dass Jugendkunstschulen in der Wahrnehmung und gesetzlichen Verankerung den öffentlichen Musikschulen gleichgestellt sind.

Die Veränderung der Finanzierungsstruktur für Jugendkunstschulen verhält sich analog zu unseren Forderungen der gänzlichen Veränderung der Kulturförderung im Freistaat.

SPD

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrer in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortgesetzt und dabei der notwendige Fachlehrerbedarf berücksichtigt wird. Wurden im Jahr 2008 durch die CDU-Alleinregierung gerade einmal acht neue Lehrer eingestellt, so sind in den Jahren 2013 und 2014 in Regierungsverantwortung der SPD insgesamt 800 Neueinstellungen vorgesehen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Künftig sollen jährlich mindestens 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.

2 Welchen Stellenwert nimmt für Sie – in Umsetzung des Kulturkonzepts Thüringen – die ästhetische Bildung an Schulen ein?

CDU
Die ästhetische Bildung ist für die Thüringer Union ein Wesenselement einer schulischen Ausbildung. Der Unterricht in den entsprechenden Fächern darf nicht als „notwendiges Übel“ angesehen werden. Daher muss die Ausbildung der Lehrer in diesen Fächern abgesichert sein und die Durchführung des Unterrichts garantiert werden. Einem zunehmenden Ausfall von Stunden muss entgegengewirkt werden. Gleichzeitig begrüßen wir die schulische und außerschulische Kooperation von Lehrern und Künstlern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ästhetische, künstlerische, gestaltende Bildung – kulturelle Bildung insgesamt – nimmt für uns einen hohen Stellenwert ein. Daher werden wir auf allen Ebenen ressortübergreifend dafür sorgen, dass entsprechende Rahmenbedingungen für kulturelle Bildung in unseren Kitas, Schulen und der kulturellen Erwachsenenbildung geschaffen werden. So wollen wir den Bildungseinrichtungen eigene Budgets für Kulturkooperationen zur Verfügung stellen. Zudem werben wir für mehr Professionalisierung des Personals durch Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern vor Ort.

FDP
Ästhetische Bildung an Schulen ist die Grundlage für kreatives Denken und Handeln. Aus Sicht der FDP Thüringen muss daher der ästhetischen Bildung der notwendige Stellenwert beigemessen werden. Dies muss sich in der Gestaltung der Lehrpläne niederschlagen. Ästhetische Bildung darf nicht nur das „Sahnehäubchen“ in der Bildung sein, es muss fester Bestandteil einer allumfassenden Bildung sein.

DIE LINKE
Aus LINKER Sicht greift das Kulturkonzept Thüringens im Rahmen der ästhetischen Bildung viel zu kurz. Wir fordern die Eröffnung der Möglichkeiten der Teilhabe an ästhetischer und künstlerisch-gestaltender Bildung bereits ab dem Kindergarten. Wir stehen daher für eine Verstetigung von Kooperationen zwischen Trägern der ästhetischen und künstlerisch-gestaltenden Bildung und allgemeinen Bildungseinrichtungen unabhängig von Alter, Herkunft und Geschlecht. Wie bereits beschrieben, spielen Jugendkunstschulen dabei für uns eine hervorgehobene Rolle.

SPD
Ästhetisch-kulturelle Bildung besitzt für die SPD einen hohen Stellenwert und soll daher weiterhin als wichtiger Bestandteil der Bildungspläne weiter ausgebaut werden.

3 Welche finanziellen Mittel sollten Ihrer Ansicht nach für die ästhetische Grundbildung aller Schülerinnen und Schüler bereit gestellt werden, um die Innovationskraft im Land durch Beförderung von kreativem Denken und Handeln zu stärken?

CDU
Wie an vielen Stellen gilt hier, dass mehr Geld wünschenswert wäre, aber in der derzeitigen Haushaltssituation Mehrausgaben nicht seriös darstellbar sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir werben für eine gemeinsam entwickelte konzeptgeleitete Kulturpolitik. Daher machen wir uns dafür stark, ein entsprechend tragfähiges Konzept mit allen relevanten Beteiligten aus dem Bildungs- und dem Kulturbereich zu entwickeln. Im Rahmen eines solchen Konzeptes wären dann auch Fragen der Finanzierung zu besprechen.

FDP
Aus Sicht der FDP Thüringen wäre „mehr Geld“ zu wenig! Es geht in erster Linie um strukturelle Fragen, wie der Ausstattung von geeignetem Lehrpersonal sowie der Ausgestaltung der Lehrpläne.

DIE LINKE
Für DIE LINKE. Thüringen ist die ästhetische Bildung im Gesamtbildungssystem fest inkludiert. Daher müssen aus unserer Sicht für die allgemeinbildenden Schulen keine zusätzlichen finanziellen Mittel bereit gestellt werden. Vielmehr bedarf es einer grundsätzlichen inhaltlichen Neuausrichtung der Bildungslandschaft. Wir sind für die konsequente Einführung von Gemeinschaftsschulen und brauchen dazu auch die benötigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen, darunter eben auch das Fachpersonal für die ästhetische Bildung.
Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, die Jugendkunstschulen zu stärken und finanziell auf einen sicheren Boden zu stellen. Dazu gehört unseres Erachtens auch eine Rückkehr zur institutionellen Förderung für diesen Bereich.

SPD
Ästhetische Grundbildung ist unverzichtbarer Bestandteil der Bildung in Kindertagesstätten und Schulen, die durch die Thüringer Bildungspläne vorgeben sind, und wird daher durch das Land finanziert. Dafür wird sich die SPD weiterhin einsetzen.

DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND E.V., LANDESVERBAND THÜRINGEN

1 Das Thüringer Bibliotheksrechtsgesetz definiert in einer zentralen Aussage Bibliotheken aller Sparten als „Bildungseinrichtungen“ (§ 3) und damit als „Partner für lebenslanges Lernen“. In der Praxis jedoch sind insbesondere die Öffentlichen Bibliotheken, trotz deren oft großen Anstrengungen, von Seiten der Kommune, der Erwachsenenbildung, der Schulen, der Kindergärten und Horte sowie der Eltern-, Erzieher- und Pädagogenschaft zum Teil nur marginal in die Bildungsinfrastruktur mit eingebunden.
Wie sollte Ihrer Ansicht nach, trotz der in aller Regel kommunalen Trägerschaft, seitens des Landes die Rolle der Öffentlichen Bibliotheken innerhalb der Bildungslandschaft weiter gestärkt werden?

CDU
Bibliotheken spielen für das lebenslange Lernen eine zentrale Rolle. Unter dem wichtigen Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden angehalten, die

Bibliotheken angemessen zu fördern. Das Land unterstützt dies durch die finanziellen Zuweisungen innerhalb der Schlüsselmasse im Kommunalen Finanzausgleich. Bei dieser Ausstattung der Kommunen steht Thüringen deutschlandweit an der Spitze. Um die Bibliotheken zu stärken ist aus Sicht der Thüringer Union eine engere Kooperation mit anderen Bildungsträgern notwendig.
Zum einen würden dadurch die Akzeptanz und das öffentliche Bewusstsein für die Bibliothek gestärkt und zum anderen könnten Bildungsinhalte aufeinander abgestimmt werden. Dem Land obliegt es dabei, stärker an die Kommunen zu appellieren, die Bedeutung der Bibliotheken wahrzunehmen und diese entsprechend auszustatten. Mit der Landesfachstelle unterstützt der Freistaat die Aufgabe der Bibliotheken. Gleichzeitig muss die Aufgabe der Bibliotheken weiterhin bei der Projektförderung der Breitenkultur Berücksichtigung finden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bibliotheken sind überaus bedeutsame Informations-, Lern- und Bildungsorte. Sie unterstützen durch ihre vielfältigen Bestände lebenslanges Lernen und laden dazu ein, die Welt der Medien, insbesondere die der Bücher, zu entdecken und zu nutzen. Sie bewahren kulturelle Vielfalt und wichtige Kulturtechniken in einer Zeit, die maßgeblich durch Beschleunigung und Ökonomisierung geprägt ist. Uns geht es daher darum, Bibliotheken als Teil der unverzichtbaren kulturellen Bildungsinfrastruktur auf der kommunalen Ebene so zu stärken, dass sie ihren Bildungs- und kulturellen Vermittlungsauftrag verlässlich erfüllen können. Dazu braucht es selbstverständlich die notwendigen Ressourcen, für die wir uns auf Landes- und auf Bundesebene stark machen. Im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften sind Bibliotheken überaus wichtige Partnerinnen des außerschulischen Lernens. Damit die öffentlichen Bibliotheken innerhalb der Bildungslandschaft weiter gestärkt werden, wollen wir daher kommunale Vernetzungsprozesse voranbringen.

FDP
Aufgabe der Politik und somit auch der FDP in Thüringen ist es, die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, ihre „Freiwilligen Leistungen“ erbringen zu können. Dies erfolgt aus Sicht der Thüringer Freidemokraten nicht im ausreichenden Maße. Wir sehen die Thüringer Bibliotheken vorbehaltlos als einen Bildungsort und Ort des lebenslangen Lernens. Die Aufgabe, Bibliotheken in die kommunalen Strukturen einzubinden, kann die Politik aber nicht übernehmen. Hier sind, und da muss man die Verantwortlichkeiten delegieren, Institutionen und Initiativen vor Ort gefordert, mit innovativen Projekten und Ideen für Veränderungen zu sorgen.

DIE LINKE
Bibliotheken sind die meist genutzten Kultureinrichtung und gewährleisten Grundversorgung an Bildung und Kultur. Sie bieten ihren Nutzern einen konsolidierten Bestand an gesicherter Information, eine fachkundige Auswahl aus einem unüberschaubaren Angebot an Büchern, und nicht zuletzt vermitteln sie durch ihr Fachpersonal eine Informations- und Medienkompetenz, die in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung von Medien immer wichtiger wird. Zeitgleich sind sie kulturelle Anziehungspunkte besonders im ländlichen Raum, die es zu stärken gilt.
Neben der Etablierung von Bibliotheken als Pflichtaufgabe der Kommunen, müssen diese natürlich dementsprechend finanziell ausgestattet sein. Daher stehen wir für eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs und eine Stärkung vor allem des ländlichen Raumes.

Zur Stärkung der Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen steht das Land in der Pflicht, den bestehenden Bildungsplan 0-10 auch in Bezug auf die außerschulischen Einrichtungen, wie Bibliotheken, umzusetzen.

SPD
Bibliotheken sind Orte der Bildung und Kultur. Sie sichern den Zugang zu Informationen, Wissen, Bildung und Kultur und sind unverzichtbare Bestandteile der kulturellen Grundversorgung. Mit einem weitgehend flächendeckenden Netz im Freistaat bieten sie besondere Chancen auch für den ländlichen Raum und können Kristallisationspunkte für kulturelle Zentren im ländlichen Raum sein. Im Kulturkonzept ist klar umschrieben, wie Bibliotheken als außerschulischer Lernort gestärkt und in die schulische Arbeit besser integriert werden. An diesem Ziel halten wir fest. Zur besseren Einbindung in die Bildungsinfrastruktur sind gemeinsam mit den kommunalen Trägern und den übrigen Kultur- und Bildungseinrichtungen entsprechende Konzepte zu entwickeln. Das Land und die Kommunen sollten sich daher gemeinsam für den Ausbau von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und kulturellen Institutionen sowie Vereinen einsetzen.

2 In den Städten des Freistaats, insbesondere aber im ländlichen Raum, wird es für viele Menschen immer schwieriger, in einem angemessenen Zeitraum eine Bibliothek aufsuchen zu können. Schon in der jüngsten Vergangenheit mussten viele Stadtteilbibliotheken und Bibliotheken in kleineren Kommunen geschlossen werden. Die infrastrukturellen Bildungsvernetzungen in Thüringen werden sich voraussichtlich weiter ausdünnen.
Wie wollen Sie dem entgegen wirken?

CDU
Um die Angebote der Bibliotheken auch im ländlichen Raum nutzbar zu machen, setzen wir auch auf einen Ausbau des ThueBibnet. Zudem begrüßen wir es, wenn vor Ort Fahrbibliotheken gefördert werden. Auch dadurch können die Kommunen den Zugang zu ihren Bibliotheken gewährleisten. Das Land kann durch eine gezielte Förderung des ländlichen Raumes dafür sorgen, dass die ländlichen Räume attraktiv bleiben und die Abwanderung weiter abgemildert wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Neben den bestehenden Förderansätzen im Bereich der Literatur halten wir das Bibliotheksgesetz für dringend verbesserungswürdig. So fehlen darin klare Regelungen zur finanziellen Beteiligung des Landes an den Bibliotheken und zum Bestandsschutz der Bibliotheken. Ein echtes Bekenntnis des Landes zu seinen Bibliotheken gibt es bisher faktisch nicht. Daher wollen wir mit unserem Kulturfördergesetz hierfür klare Regelungen schaffen. Für uns steht fest, dass wir öffentliche Bibliotheken brauchen und zwar flächendeckend. Jedem Menschen in Thüringen soll ein Zugang zu einer Bibliothek in seiner Nähe garantiert werden. Grundlage dafür ist eine aufeinander abgestimmte und gemeinsam mit den Fachverbänden entwickelte Bibliothekenentwicklungsplanung. Wir müssen mit den Kommunen dafür die finanziellen Handlungsmöglichkeiten schaffen. Daher schlagen wir ein Zwei-Säulen-Finanzierungsmodell vor, das einerseits feste Zuschüsse für Anschaffungen und andererseits eine Förderung für innovative Ansätze in der kulturellen Zusammenarbeit vorsieht. Auch setzen wir uns dafür ein, Bibliotheken als kommunale Pflichtaufgabe

festzuschreiben. Solange die Kommunen in Thüringen finanziell derart schlecht dastehen, geraten immer mehr öffentliche Bibliotheken in Bedrängnis.

FDP
Die FDP Thüringen wird ihre Entscheidung auch in diesem Bereich bedarfsorientiert ausrichten. Es ist Aufgabe der Bibliotheken ein attraktives Angebot an ihre Leser zu stellen. Dies kann mit Lesungen, mit Partnern vor Ort geschehen oder auf anderen Wegen, um die Palette an interessanten Angeboten zu erhöhen. Nur über die weitere Vernetzung mit anderen Bildungsträgern kann es ermöglicht werden, das Angebot auch in der Fläche zu erhalten. Dies ist aber nicht die Aufgabe der Politik, sondern liegt in der Verantwortung der Bibliotheken vor Ort. Fahrbibliotheken sind eine Alternative, jedoch wäre zu überprüfen, ob eine Online-Bestellung und der Versand der Bücher in der Gesamtsumme nicht günstiger erscheint. Das Aushandeln eines Sondertarifes mit einem Anbieter kann Gegenstand der Politik sein.

DIE LINKE
In vielen Gemeinden und Städten ist die Finanzsituation mittlerweile so angespannt, dass es problematisch ist, überhaupt einen Haushalt aufzustellen. Da war es wenig hilfreich, dass mit dem Bibliotheksgesetz explizit die Formulierung der Bibliotheken als „freiwillige Leistungen“ eingeführt wurde. Bibliotheken sind mehr als freiwillige Leistungen. Sie sind zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und bieten ein unverzichtbares Bildungsangebot für Bürger jeden Alters. Daher werden wir in einem Kulturfördergesetz für Thüringen auch die dringende Novellierung des Bibliotheksgesetzes mit aufgehen lassen.

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Mittelpunktbibliotheken gestärkt und die Förderung der Landesfachstelle auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Entsprechend der Bedürfnisse der Bevölkerung sind zudem die digitalen Angebote der Bibliotheken auszubauen und zu finanzieren. Durch einen intensiven Dialog im Rahmen der Bibliotheksentwicklungsplanung mit den kommunalen Spitzenverbänden, wollen wir gemeinsam das Ziel der Sicherung der kulturellen Grundversorgung auch im Bereich der öffentlichen Bibliotheken erreichen. Durch die Förderung überörtlicher Kulturentwicklungskonzeption sollen Modellansätze für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Trägern entstehen.

3 Bisher können nur 15 Öffentliche Bibliotheken die immer populärer werdende Dienstleistung „ThueBIBnet“ anbieten.
Wie stehen Sie zu einer Erhöhung der Projektförderung, um die Lizensierung elektronischer Medien flächendeckend zu ermöglichen? Und falls ja, wie wollen Sie dies bewerkstelligen?

CDU
Eine Beteiligung weiterer Bibliotheken wäre wünschenswert und ist gerade im Hinblick auf die derzeitige Entwicklung des ländlichen Raumes angebracht. Die Thüringer Union wird sich dafür einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einem Ausbau des ThueBIBnet mit seinen digitalen Angeboten stehen wir offen gegenüber. Das Land muss auch hierbei seine Verantwortung wahrnehmen und ausreichend Mittel für den notwendigen Ausbau zur Verfügung stellen. Anzustreben ist, dass möglichst viele bzw. alle Thüringer Bibliotheken sich an der Thüringer Onlinebibliothek beteiligen, damit alle Thüringerinnen und Thüringern Zugang zu den Angeboten des ThueBIBnet bekommen können. Insbesondere die Nutzungsmöglichkeiten über mobile Endgeräte, durch E-Books sowie digitalisierte Angebote sollten stärker herausgestellt werden.

FDP
Der Erhöhung des „ThueBIBnet“ steht die FDP Thüringen offen gegenüber, um den Zugang zu Bibliotheken gerade im ländlichen Raum zu erhöhen. In diesem Zusammenhang aber bleibt zu bedenken, dass dies in der Folge zu weiteren Schließungen von Bibliotheken vor Ort führen könnte, um sich nur noch dem Online-Angebot zu widmen, was wiederum nicht im Sinne der Bibliotheken und der Bildungspolitik der FDP Thüringen wäre.

DIE LINKE
Um allen Bibliotheken und damit auch allen Nutzerinnen und Nutzern eine Teilhabe zu gewähren, sehen wir das Land in der Pflicht, den Anschluss aller Bibliotheken an das ThueBIBnet zu übernehmen. Die Kosten für eine entsprechende Lizensierung müssten im Zuge der Einrichtung im Landeshaushalt berücksichtigt werden.
Zugleich wäre zu überlegen, ob eine reine Online-Bibliotheksmitgliedschaft ermöglicht wird, deren Mitgliedsbeiträge ebenfalls zur Finanzierung der Lizenzen herangezogen werden.

SPD
Das Kulturkonzept bekennt sich klar zur stärkeren Verankerung der neuen Medien. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot der „ThueBIBnet“ ausgebaut wird, die Zugangsmöglichkeiten im Land erhöht werden und das Land dafür auch weiterhin einen beträchtlichen Teil der Mittel bereitstellt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Zugang zu den Inhalten mit mobilen Anwendungsgeräten und der Vernetzung mit den Angeboten der wissenschaftlichen Bibliotheken liegen.

DEUTSCHER BÜHNENVEREIN, LANDESVERBAND THÜRINGEN

1 Zur Erhaltung der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft wurden in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode – initiiert durch das TMBWK – wichtige signalgebende Entscheidungen herbeigeführt. Die ausverhandelten Verträge zwischen den Theater- und Orchesterträgern laufen bis 2016.
Wie wollen Sie auch künftig Planungssicherheit für diese Kulturbetriebe schaffen?

CDU
Die Ministerpräsidentin und Landesvorsitzende der Thüringer Union Christine Lieberknecht hat bereits zu Beginn der jetzt endenden Legislaturperiode deutlich gemacht, dass es mit ihr und der Thüringer Union keine Schließung von Theatern geben wird. Auch nach 2016 müssen längerfristige Finanzierungszusagen durch das Land an die entsprechenden Einrichtungen

gemacht werden. Mit den Vorbereitungen dazu wollen wir noch im aktuellen Jahr beginnen. Eine Senkung der Landesbeteiligung lehnt die Thüringer Union ab. Vielmehr sollten neue Förderwege in anderen Ressorts, wie bspw. dem Wirtschaftsministerium, für den Erhalt der Theater- und Orchesterlandschaft erschlossen werden. Eine stärkere Belastung der Kommunen kann ausgeschlossen werden. Gleichzeitig begrüßen wir die zahlreichen Kooperationen zwischen den Bühnen und Orchestern, die in den letzten Jahren entstanden sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir setzen uns für den Erhalt der Theater- und Orchester in Thüringen ein. Einen weiteren Raubbau an den Thüringer Theatern und Orchestern wollen wir verhindern. Um die Künstlerinnen und Künstler sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werkstätten und der Verwaltungen vor Lohndumping zu schützen, unterstützen wir eine Rückkehr aller Häuser in den Flächentarifvertrag. In der anstehenden Finanzierungsvereinbarung ab 2017 müssen die systemimmanenten Kostensteigerungen vollumfänglich abgebildet werden. Thüringen braucht insgesamt eine neue Strategie für die Zukunft – mit einer Kulturfinanzierung, die es auch finanzschwachen Kommunen ermöglicht, ihre Aufgaben in der kulturellen Daseinsfürsorge zu gewährleisten.

FDP
Thüringen ist geprägt von einer Vielzahl an Theatern und Orchestern. Kunst und Kultur fungieren besonders in Thüringen als gesellschaftliches Gedächtnis und Ausdruck unserer Identität. In den letzten Jahren etablierten sie sich als ein wichtiger Kapitalgrundstock für den Tourismus. Kunst und Kultur müssen auch weiterhin ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft bleiben. Ihre Unterstützung darf nicht nach Belieben an- und abgeschaltet werden.
Die FDP Thüringen steht für die historisch gewachsene Kulturlandschaft, zu der maßgeblich auch die Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft gehört. Entwicklungen, wie im schwarz-rot regierten Sachsen-Anhalt, sind für uns nicht akzeptabel. Wir sehen in der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft nicht nur einen Ort der kulturellen Bildung, der Kreativität und Innovation, wir betrachten sie auch als einen entscheidenden Faktor für die Thüringer Wirtschaft und den Tourismus. Den Thüringer Freidemokraten ist bewusst, dass die ausgehandelten Zuwendungsverträge 2016 auslaufen, mit allen anstehenden Problemen. Es ist Aufgabe der Politik und damit auch in der Verantwortung der FDP Thüringen, Rahmenbedingungen für eine funktionierende Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft zu schaffen.

DIE LINKE
Die zu verhandelnden Finanzierungsverträge ab 2017 dürfen nicht „auf Kante genäht“ bleiben, wie sie es im derzeitigen Förderzeitraum leider sind. Um den Kultur-Kannibalismus auch untereinander Einhalt gebieten zu können, werden wir die willkürlich eingeteilten Fördergruppierungen – wie im Kulturkonzept festgeschrieben – außer Kraft setzen. Darüber hinaus streben wir die Einführung einer Intendantenkonferenz ein, die noch vor Beginn der Verhandlungen zur neuen Finanzierungsperiode gemeinsam im Dialog mit dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden aus künstlerischer und wirtschaftlicher Sicht richtungsweisende Entscheidungen diskutieren soll und somit einen Rahmen für die zu verhandelnden Finanzierungsvereinbarungen steckt.

SPD
Mit den aktuellen Finanzierungsvereinbarungen konnte für Thüringen eine – im Bundesvergleich – einmalige Planungssicherheit für die Theater und Orchester erreicht werden. Auch die Höhe der Landesförderung ist im Bundesvergleich Spitze. Die SPD wird in Regierungsverantwortung rechtzeitig mit den beteiligten Trägern und Mittelgebern Verhandlungen mit Ziel eines entsprechenden Anschlussvertrages aufzunehmen und damit Planungssicherheit auch über 2016 hinaus herzustellen. Vorbereitende Gespräche laufen bereits.

2 Auf Grund der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst, die in der Folge auch für die Theater und Orchester nachwirken, ist mit nicht unerheblichen Personalkostensteigerungen zu rechnen bei absehbar sinkenden Landeshaushalten. Wie stellen Sie sich eine auskömmliche Theater- und Orchesterfinanzierung nach 2016 vor?

CDU
Die Zahlung des Tarifvertrages sollte in allen Einrichtungen angestrebt werden. Das Land muss dazu seinen Anteil leisten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
In der anstehenden Finanzierungsvereinbarung ab 2017 müssen – wie bereits ausgeführt – die systemimmanenten Kostensteigerungen durch Land und Kommunen vollumfänglich abgebildet werden. Mit unserem Kulturfördergesetz wollen wir die Verantwortung der Kulturfinanzierung auf breitere und damit letztlich stärkere Schultern verteilen.

FDP
Die zu erwartenden sinkenden Landeshauhalte in den kommenden Jahren machen es der FDP Thüringen schwer, bereits jetzt verbindliche Aussagen zur Theater- und Orchesterfinanzierung zu machen. Grundsätzlich stehen die Thüringer Liberalen aber zu ihrer Verantwortung, die bestehenden Standorte zu erhalten. Im Gegenzug nimmt die FDP aber auch die Verantwortlichen in die Pflicht, für ein ausgewogenes Programm zu sorgen, um den Thüringern und ihren Gästen ein vielseitiges Programm zu bieten. Die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Kunst steht für Freidemokraten im Mittelpunkt, geht aber mit Freiheit in Verantwortung Hand in Hand. Für die Einhaltung der tarifrechtlichen Fragen steht die FDP Thüringen als Partei der Rechtsstaatlichkeit in der Pflicht.

DIE LINKE
DIE LINKE spricht sich für ein Kulturfördergesetz aus, welches einen solidarischen Kulturförderausgleich beinhaltet. Alle Trägerkommunen müssen in die Lage versetzt werden, die finanziellen Anteile an den Theatern und Orchestern für den Finanzierungszeitraum und darüber hinaus aufbringen zu können und – was unseres Erachtens auch sehr wichtig ist – es auch zu wollen. Aus unserer Sicht muss das Land in besonderer Weise für den Erhalt der Thüringer Theater und Orchester sorgen. DIE LINKE. Thüringen setzt sich dafür ein, dass die Kulturausgaben des Landes auf 2% des Gesamtetats aufgestockt werden, um auch die Rückkehr zum Flächentarif ohne strukturelle Veränderungen begleiten zu können.

SPD

Trotz sinkender Landeshaushalte stehen für die Theater und Orchester nahezu 18 Mio. Euro mehr als in der vorangegangenen Finanzierungsperiode zur Verfügung. Die SPD Thüringen hat in Regierungsverantwortung damit klar einen Schwerpunkt in der Kulturpolitik gesetzt. Die Entwicklung der Personalkosten bei Theatern und Orchestern stellt die Mittelgeber trotzdem vor große Herausforderungen. Ihnen soll durch höhere Einnahmen, mehr Besucher sowie verstärkte Kooperationen der Einrichtungen – etwa bei Spielplänen und beim Marketing – begegnet werden. Darüber hinaus ist eine auskömmliche Theater- und Orchesterfinanzierung eine gemeinsame Aufgabe der Kommunen und des Freistaats Thüringens, die sich über künftige Strukturen im Dialog verständigen müssen. Wir stehen als SPD Thüringen dafür ein, dass der Freistaat Thüringen und die Kommunen ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Theater und Orchester gerecht werden. Eine Reform der Verwaltungs- und Gebietsstrukturen kann maßgeblich dazu beitragen, die Kulturfinanzierung auf eine breitere Basis zu stellen. Bis zur Umsetzung der Gebiets- und Verwaltungsreform möchte die SPD mit erfolgreichen Instrumenten, wie dem von uns eingeführten Kulturlastenausgleich (9 Mio. Euro pro Jahr) zur Absicherung der kommunalen Kulturausgaben beitragen.

3 Theater und Orchester bieten in ihrer hochkomplexen lokal und regional vernetzten Angebotsvielfalt multidimensionale Wirkungspotenziale und haben insofern für eine zukunftsfähige demokratische Gesellschaft eine unverzichtbare Labor- und Experimentalfunktion im Rahmen der Entwicklung sozialer Dispositionen und Kompetenzen sowohl hinsichtlich

- Unterhaltung und Entspannung mit hoher emotionaler Anmutung und breit gefächerter Bildungsvermittlung,
- Erprobung und Kultivierung von sozialen Beziehungsgefügen (gerade auch in konflikthaltigen gruppenspezifischen wie problematischen Milieus), bis hin zur
- ständigen Reproduktion und Neugenerierung real- wie visionsintendiertem Kreativpotenzial.

Dieses Vermögen auch in seiner Breite und Verfügbarkeit zu erhalten, setzt unter den unübersehbaren Folgen des demografischen Wandels sowohl starken politischen Willen wie auch auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Verantwortungsbewusstsein voraus. Sind sie bereit, die derzeitige Standortstruktur und das vorhandene Spartenspektrum fortzuschreiben und finanziell abzusichern? Falls Veränderungen aus Ihrer Sicht unumgänglich erscheinen – wie sollten diese bei Wahrung hoher Qualität ermittelt und festgelegt werden?

CDU

Ein Erhalt der derzeitigen Theater- und Orchesterlandschaft ist unser erklärtes Ziel. Thüringen lebt auch hier von seiner Vielfalt und den bürgernahen und kleinteiligen Angeboten. Die Schwierigkeiten, die ein Erhalt der derzeitigen Theater- und Orchesterlandschaft mit sich bringt, haben Sie selbst skizziert. Deutlich höhere Zuweisungen in Aussicht zu stellen, wäre aufgrund der Haushaltsentwicklung unredlich. Dennoch hat die Förderung der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft eine sehr hohe Priorität für die Thüringer Union, die sich auch finanziell niederschlagen wird. Weiterhin müssen unter der Einbeziehung aller Beteiligten gemeinsam Möglichkeiten
untersucht werden, wie eine verstärkte Kooperation unter den Häusern realisierbar ist. Dies

steht und fällt oftmals mit den handelnden Menschen vor Ort.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Uns ist der Erhalt der einmaligen Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen wichtig. Weitere Schließungen oder weiteren Spartenabbau halten wir für falsch. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass bei den Verhandlungen zur Finanzierung ab 2017 die Kostensteigerungen – wie oben schon benannt – vollumfänglich abgebildet werden. Wir wollen die kommunale Kulturfinanzierung neu ordnen und werden dazu ein Kulturfördergesetz vorlegen.

FDP
Grundsätzlich schließt sich die FDP Thüringen Ihren Ausführungen inhaltlicher Natur an. Strukturell ergeben sich aber aus unserer Sicht andere Schlüsse. Thüringen ist historisch kleinteilig gewachsen und hat durch seine Residenzkultur ein breites Spektrum im Bereich Theater und Orchester zu bieten. Ob diese Struktur im 21. Jahrhundert noch zeitgemäß erscheint, darüber lässt sich trefflich streiten! Um mit immer engeren Budget die Qualität zu halten ist und im Hinblick auf dem demografischen Wandel die Entwicklungen auf die Zuschauerzahlen im Blick zu behalten, da muss über bestimmte strukturelle Fragen zu diskutieren erlaubt sein! Der FDP Thüringen geht es nicht, wie in Sachsen-Anhalt, um die Kürzung des Kulturetats, es geht um die Aufstellung eines tragfähigen Konzeptes für die Zukunft der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft.

DIE LINKE
DIE LINKE bekennt sich zu allen Thüringer Theatern und Orchestern in ihrer jetzigen Struktur, an ihren jetzigen Standorten und in ihrer künstlerischen Bandbreite. Kooperationen unter Theatern, bei Beibehaltung ihrer jeweiligen Eigenständigkeit, werden wir unterstützen. Aus unserer Sicht ist allerdings das Theater Eisenach in der Kulturstiftung Meiningen – Eisenach nicht gut aufgehoben und kann durch die politisch gewollte Struktur ihr ganzes Potenzial nicht entfalten. Daher werden wir gemeinsam mit den Akteuren vor Ort und in enger Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium nach Lösungen suchen, wie das Theater Eisenach zu einer Eigenständigkeit unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Stadt Eisenach finden kann.

SPD
Der Reichtum der einmaligen Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft steht für die SPD nicht zur Disposition. In der laufenden Legislatur hat die SPD einen erfolgreichen Dialog mit den Theatern und Orchestern, sowie den Trägern eingeleitet. In den Gesprächen ging es nicht darum, welche Häuser durch harte Einschnitte in ihrem Bestand gefährdet werden. Sondern wir haben die Gespräche anders geführt: gemeinsam mit den Theatern und den Trägern haben wir uns in einem ersten Schritt über die ihre Erwartungen und künstlerischen Perspektiven verständigt. In einem zweiten Schritt haben wir gemeinsam nach Wegen zur praktischen Umsetzung gesucht. Dies ist uns bei allen Theatern und Orchestern gelungen. In harten Verhandlungen mit dem Finanzminister ist es dann im dritten Schritt gelungen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Diesen Prozess wollen wir in der kommenden Legislatur fortsetzen. Wir stehen als SPD Thüringen dafür ein, dass der Freistaat Thüringen und die Kommunen ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Theater und Orchester gerecht werden.
Veränderungen im Besucherverhalten durch neue Zielgruppen (etwa Menschen mit

Migrationshintergrund) oder die berechtigten Forderungen im Rahmen der Inklusion und der kulturellen Bildung müssen bei den Angeboten berücksichtigt werden.

HEIMATBUND THÜRINGEN E.V.

1 Wie wollen Sie eine Ressort übergreifende Befassung mit Themen der Kultur- und Heimatpflege sowie der Entwicklung ländlicher Regionen sicherstellen? Wie stellen Sie sich in dieser Hinsicht insbesondere die zukünftige Zusammenarbeit zwischen TMBWK, TMLFUN, TMSFG und TMBLV konkret vor?

CDU
Für die CDU hat der Begriff „Heimat“ als Identifikationspunkt schon immer eine besondere Bedeutung. Deswegen gilt der Heimatpflege unsere Unterstützung. Brauchtumspflege und Tradition sind die Eckpfeiler der Identifikation vieler Menschen mit unserer Heimat. Ähnlich wie bei anderen kulturellen Betätigungsfeldern ist man dabei aber auf das Wirken der Menschen vor Ort angewiesen. Eine Kernaufgabe der Politik ist die Entwicklung des ländlichen Raumes, der prägend für die Thüringer Landschaft ist. Die Menschen sollten beispielsweise durch gezielte Fördermaßnahmen dazu angehalten werden, alte Höfe und Hofanlagen zu erhalten oder deren Ausbau zu Wohnzwecken zu forcieren.
Die Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien für die Kultur- und Heimatpflege muss gerade im Bereich der Landesplanung intensiv erfolgen. Dazu müssen transparente und dauerhafte ressortübergreifende Gremien geschaffen werden. Hier können die überregionalen Konzeptionen zur Kulturentwicklung beraten und unterstützt werden. Darüber hinaus sollten die Kulturschaffenden vor Ort intensiv in diesen Austausch eingebunden werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Brauchtums- und Heimatpflege bedarf ebenso wie andere Kultursparten der Unterstützung des Landes und der Kommunen. Dazu muss die ressortübergreifende Zusammenarbeit selbstverständlich auch im Bereich der Heimatpflege sichergestellt werden. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die Ständige Konferenz Heimatpflege unterstützen, sich zu einer solchen Vernetzungsebene von öffentlicher Verwaltung und Kulturaktiven weiterzuentwickeln.

FDP
Kultur ist Vielfalt. Kultur gehört allen. Sie prägt unser Leben und macht es abwechslungsreich. Kultur ist Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor und spielt bei der Bekämpfung der Abwanderung und der Förderung der ländlichen Regionen eine zentrale Rolle.
Kultur- und Heimatpflege sind aus Sicht der Thüringer FDP zwei Seiten einer Medaille. Da es sich in der Mehrzahl der Fälle um lokal ausgeprägte Fragen handelt, gehört die Beantwortung dieser Frage in die Kompetenz der auf lokaler Ebene tätigen Verantwortlichen. Aufgabe der Landespolitik muss es sein, einen finanziellen Rahmen für die Initiativen zu schaffen. In erster Linie gehört dazu eine ausreichende Ausstattung der finanziellen Mittel der verantwortlichen Gebietskörperschaften. Eine Vernetzung der zuständigen Ministerien ist das Ziel der Thüringer Freidemokraten, um neben der

finanziellen Ausstattung auch eine bessere Koordinierung und Abstimmung der Zuständigkeiten zu erreichen.

DIE LINKE
Wir wollen ein Kulturfördergesetz schaffen, das die Förderung von Kultur transparent macht und Zusammenhänge darstellt. Durch die Schaffung eines klaren Rahmens dürfte auch die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien einfacher werden, so dass Reibungsverluste zukünftig deutlich minimiert werden sollten. Die konkrete Ausgestaltung dieser Kooperationen hängt von vielen Faktoren ab, wichtig ist, dass die kulturellen Akteure eindeutige Ansprechpartner haben und nicht von einem Ministerium ans nächste verwiesen werden.

SPD
Die SPD hat in Regierungsverantwortung im Jahr 2010 die Rahmenbedingungen für die Heimatpflege verbessert und eine Anschubfinanzierung für die Bestellung weiterer Kreisheimatpfleger gewährte. Die ständige Konferenz der Heimatpflege in Thüringen, die 2010 eingerichtet worden ist, sehen wir als geeignetes Instrumentarium um auch die unterschiedlich betroffenen Ministerien themenbezogen in die Beratungen einzubeziehen und zu informieren. Im Übrigen sollten die Ressorts im Rahmen der Landesplanung und Raumordnung noch verstärkt zusammenarbeiten. Insbesondere die neu initiierte Erstellung von überregionalen Kulturentwicklungskonzeptionen bieten Chancen für eine breitere ressortübergreifende Zusammenarbeit. Im Übrigen sollten themenbezogene Arbeitsgruppen zwischen den Ressorts unter Einbeziehung der Kulturschaffenden gebildet werden.

2 Wie stellen Sie sich die weitere Entwicklung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie vor? Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Unterstützung der haupt- und ehrenamtlichen Flurnamenforschung in Thüringen?

CDU
Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie leistet unverzichtbare Arbeit, um den kulturellen Reichtum Thüringens zu erhalten und das Verständnis des Lebens unserer Vorfahren zu erweitern. Deswegen wird die Thüringer Union dafür sorgen, dass das Land die Arbeit weiter durch die Bereitstellung von Sach- und Personalmitteln unterstützt. Das Flurnamen-Projekt findet unsere Unterstützung. Es ist zu prüfen, inwieweit die Hochschulen neben der schon vorhandenen Einbindung der FSU Jena und die sonstigen Bildungseinrichtungen des Landes das Projekt begleiten können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie leistet eine wertvolle Arbeit, die wir auch zukünftig sicherstellen wollen. Daher werden wir uns dafür stark machen, dass die dafür notwendigen Ressourcen auch zukünftig zur Verfügung gestellt werden. Zur Unterstützung der Flurnamenforschung in Thüringen könnte das Land bspw. über die eigene öffentliche Forschungsförderung einen wichtigen Beitrag leisten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im Rahmen der Landesforschungsförderung selbst Forschungsfragen formulieren.

FDP
Die Bedeutung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie ist der Thüringer FDP bewusst. Die Förderung soll daher in der aktuellen Höhe fortgesetzt werden. Eine bessere Vernetzung zwischen dem Landesamt, den verschiedenen Institutionen vor Ort und den Ministerien soll aus Sicht der FDP Thüringen zu einer effektiveren Arbeit führen und die öffentliche Wahrnehmung deutlich erhöhen. Zwangsläufig würde eine Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung auch zu einer weitaus größeren Wertschätzung der haupt- und ehrenamtlichen Flurnamenforschung im Freistaat Thüringen führen.

DIE LINKE
In den letzten Haushaltsberatungen hatten wir eine deutliche Aufstockung der Personalmittel für das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie gefordert, um Projekte wie die Flurnamenforschung vorantreiben zu können. Das Beispiel der Grabungsstätte Bilzingsleben hat gezeigt, dass Thüringen sein Potenzial historischer Schätze nicht nutzt. Sachsen-Anhalt gibt beispielsweise fast doppelt so viel Geld wie Thüringen für sein Landesamt für Archäologie und Denkmalpflege aus.
Eine Aufarbeitung und Pflege von kulturhistorisch bedeutsamen Denkmälern hat auch für die Tourismuswirtschaft einen Mehrwert. Auch deshalb wollen wir diesem Gebiet mehr Beachtung schenken, als die Landesregierung dies bisher getan hat.

SPD
Denkmalpflege und Archäologie genießen einen hohen Stellenwert bei der SPD. Das Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sollte daher auch weiterhin in die Lage versetzt werden, die Erhaltung der wertvollen Thüringer Denkmallandschaft zu sichern und mit neuen fachlichen Entwicklungen Schritt zu halten. Wir setzen uns dafür ein, dass dem Landesamt für diese Aufgabe die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der von uns vorgeschlagene Aufbau einer neuen Landeskulturdirektion ist hierfür ein wichtiger Beitrag. Das Flurnamen-Projekt sollte fortgesetzt werden und durch das Land und die Friedrich-Schiller-Universität begleitet werden.

3 Welche Bedeutung messen Sie dem Netz ehrenamtlicher Kreisheimatpfleger bei, und wie wollen Sie dieses in Zukunft unterstützen?

CDU
Das ehrenamtliche Engagement der Kreisheimatpfleger ist zu unterstützen und besonders zu würdigen. Vor allem der regelmäßige Austausch untereinander muss dabei gestärkt werden. Für diese Maßnahmen sind vor allem die Gemeinden vor Ort in der Pflicht. Die Gemeinden und Landkreise müssen ein vitales Interesse an der Unterstützung der Kreisheimatpfleger haben. Die CDU wird dies auf kommunaler Ebene weiter unterstützen. Darüber hinaus ist das Wirken der Heimatpfleger angemessen öffentlich zu würdigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir werden das Netz ehrenamtlicher Kreisheimatpflegerinnen und -pfleger nach besten Kräften unterstützen. Insbesondere schätzen wir ihr wertvolles Engagement in der Heimatpflege und im Umweltschutz. Um hier praxistaugliche Lösungen auf den Weg zu bringen, werden wir ressortübergreifend gemeinsam mit den Aktiven nach Wegen der

Unterstützung suchen und entsprechende Ressourcen nach Möglichkeit zur Verfügung stellen.

FDP
Ein Ehrenamt soll ein Ehrenamt bleiben. Von Seiten der FDP Thüringen wird aber eine bessere Vernetzung der ehrenamtlichen Kreisheimatpfleger angestrebt, um ihre Arbeit einer breiteren Bevölkerungsgruppe zugänglich zu machen.

DIE LINKE
Die Arbeit der ehrenamtlichen Kreisheimatpfleger ist ein wichtiger Beitrag zur Erkundung und Bewahrung regionaler und lokaler Kulturgeschichte. Wir werden prüfen, inwieweit sich die bisherige öffentliche Unterstützung dieser wichtigen Aufgabe verbessern lässt.

SPD
Die Kreisheimatpfleger leisten nach Auffassung der SPD einen wichtigen Beitrag für die Bewahrung und Pflege des heimatlichen Kulturgutes in den Regionen des Freistaats Thüringens. Der Thüringer Heimatbund, der die Kreisheimatpfleger durch Fortbildungen und den Austausch organisiert, soll daher durch das Land angemessen unterstützt werden.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIOKULTUR THÜRINGEN E.V.

1 Welche Bedeutung und Stellenwert misst Ihre Partei der Soziokultur und der freien Kulturszene in Thüringen bei?

CDU
Die Soziokultur und die freie Kulturszene haben zu Recht einen festen Platz in der Thüringer Kulturlandschaft. Soziokulturelle Projekte sind wichtig, um möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu integrieren und aktuelle gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu spiegeln. Gerade die freie Kulturszene hat ihre enorme Bedeutung für die Progressivität und Vielfalt der Angebote in Thüringen. Die CDU Thüringen wird sich daher weiter für die angemessene Förderung dieser Bereiche einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir wollen die Thüringer Kulturszene insgesamt stärken. Dabei dürfen wir neben der institutionellen Kulturszene vor allem auch die freie Szene nicht aus dem Blick verlieren. So werden wir uns für eine Stärkung der unabhängigen Freien Szene einsetzen und gemeinsam mit den Kommunen die soziokulturellen Zentren aufrechterhalten und mit Leben füllen. Zudem ist es unser erklärtes Ziel, mehr Freiräume für Kunst und Kultur in den Städten und auf dem Land schaffen. Die unabhängige Szene darf nicht länger als „minderwertige“ Kunst- und Kulturform angesehen werden. Unsere Gesellschaft braucht Freie und Institutionalisierte gleichermaßen, um das gesamte Meinungs- und Deutungsspektrum des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens widerspiegeln zu können und der Vielfalt gerecht zu werden.

FDP
Für die FDP Thüringen haben die Soziokultur sowie die freie Kulturszene einen hohen

Stellenwert. Innovative Ideen, neue Formen sowie aktuelle Bezüge zu gesellschaftlichen Entwicklungen, werden durch sie in verschiedenen Kunstformen den Menschen im Freistaat Thüringen nahegebracht. Daher sind sie ein unverzichtbarer Teil der kulturellen Landschaft.

DIE LINKE
DIE LINKE. Thüringen misst der Soziokultur einen sehr hohen Stellenwert bei, da sie kulturelle Teilhabe für alle in Thüringen lebenden Menschen ohne Berührungsängste real werden lässt. In ihrer Bandbreite und ihrem Facettenreichtum, aber auch durch ihre großen Schnittmengen zu den öffentlichen Kultureinrichtungen und dem kulturellen Erbe ist sie daher für uns unverzichtbarer Bestandteil und Grundstein für die kulturelle Versorgung in Thüringen. Darüber hinaus erkennen wir die Einzigartigkeit der freien Kulturszene Thüringens an, die wie in keinem anderen Bundesland in Deutschland, ein breites Spektrum von Laien-, Amateur- und professioneller Kunst aufweist.

SPD
Soziokultur und freie Kulturszene haben einen hohen Stellenwert bei uns. Die zahlreichen soziokulturellen Aktivitäten in Stadt und Land tragen maßgeblich zu einem breiten Zugang der Bevölkerung unabhängig von Milieus und sozialer Herkunft bei. Die Soziokultur greift aktuelle Fragestellungen auf, die sich aus der Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen ergeben und ermöglicht daher eine breite Teilhabe. Soziokultur und freie Kulturszene setzen neue Impulse in der Kulturlandschaft, stiften Weltoffenheit und müssen durch das Land weiter unterstützt werden. Dafür wird sich die SPD weiter einsetzen.

2 Soziokultur ist ungeachtet ihrer Förderung durch den Freistaat primär eine kommunale Aufgabe. Sollte Soziokultur in Thüringen ähnlich angemessen gefördert werden wie die etablierten Kultursparten? Welche Maßnahmen und Instrumente zur Stärkung und Entwicklung will Ihre Partei in Zukunft bereitstellen?

CDU
Eine institutionalisierte Förderung der Soziokultur steht aus Sicht der Thüringer Union dem innovativen Eigenanspruch von Soziokultur entgegen. Daher sollte diese auch weiterhin projektbezogen gefördert werden. Die Landesverbände sind mit mehrjähriger Projektförderung abzusichern. Der von der Landesregierung beschlossene Kulturlastenausgleich bietet den Rahmen, dass die Kommunen und Landkreise mit entsprechender Kulturquote vom Land angemessenen unterstützt werden, um Spielräume für die Förderung einer vielfältigen und lebendigen Kulturszene zu haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir wollen die Breitenkultur, die Soziokultur und die freie Szene stärken. Es kann und darf jedoch nicht darum gehen, die vermeintliche institutionelle „Hochkultur“ gegen die unabhängige Kulturszene auszuspielen. Wir Bündnisgrünen wollen einen angemessenen Leistungsausgleich, der zudem positive Anreize zur Kooperation bietet. Angesichts der Bedeutung der freien Theaterszene, insbesondere in den Kommunen, die über kein institutionell gefördertes Theater verfügen, schlagen wir für diese eine institutionelle Förderung zur Bewirtschaftung der Spielstätten vor. Insbesondere für die soziokulturellen Fachverbände wollen wir das ProjektmanagerInnen- und ProjektmitarbeiterInnenprogramm

verlässlicher, langfristiger und vor allem auskömmlich ausgestalten.

FDP
Soziokultur muss aus Sicht der FDP Thüringen eine primär kommunale Aufgabe bleiben. Gerade in einem kleinteiligen Flächenland, das von sehr unterschiedlichen kulturellen Strukturen gekennzeichnet ist, wäre eine andere Herangehensweise schädlich, gerade für die freie Szene. Im Mittelpunkt der Kulturpolitik der FDP Thüringen steht aber eine bessere Vernetzung mit etablierten Kultursparten, um die eingesetzten finanziellen Mittel sowie die vorhandenen Strukturen effektiver zu nutzen. Für die Thüringer Freidemokraten sind Soziokultur, freie Kulturszene und etablierte Kultursparten keine Gegenspieler, sondern fester Bestandteil der Thüringer Kulturlandschaft, die gemeinsam das kulturelle Gesicht des Freistaates Thüringen prägen. Die bisherigen Förderinstrumente sind aus Sicht der FDP Thüringen ausreichend, Veränderungen in den Strukturen aber wünschenswert.

DIE LINKE
DIE LINKE. Thüringen setzt sich für ein Kulturfördergesetz für Thüringen ein, in dem Kultur als Pflichtaufgabe festgeschrieben ist. Dadurch ergibt sich aus unserer Lesart auch eine wenigstens teilweise institutionelle Förderung der soziokulturellen Dachverbände, die seitens des Landes erfolgen kann. Durch diese Förderung soll die Geschäftsstellentätigkeit sowohl strukturell wie personell langfristig gesichert werden können. Darüber hinaus streben wir den Ausbau des Projektmanagerprogramms an, der sowohl einen erhöhten Stellenpool schafft als auch die Mehrjährigkeit der Stellen beinhaltet. Ebenso fordern wir seit Jahren die Einführung einer wenigstens 3 jährigen Projektförderung für den Bereich der Soziokultur und der freien Kultur.

SPD
Die SPD hat in der Regierung dafür Sorge getragen, dass die Förderung des Landes für die Soziokultur seit 2009 um elf Prozent angehoben wurde. Die SPD will diese Förderung auf hohem Niveau fortsetzen.

3 In der von Deutschland ratifizierten UNESCO-Konvention „Kulturelle Vielfalt“ wird die kulturelle Grundversorgung und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger betont und den Ländern und Kommunen die Umsetzung und Sorge dafür als „pflichtige Aufgabe“ übertragen. Unterstützt Ihre Partei die Forderung, zur Erhaltung und Stärkung der kulturellen Vielfalt in Thüringen das Instrument der mehrjährigen Förderung freier Träger sowohl als Konzeptförderung wie auch in der Personalförderung wie z.B. beim Projektmanagerprogramm auszubauen? Wenn ja, wie, in welchem Umfang und nach welchen Kriterien stellen Sie sich eine Umsetzung in der kommenden Legislaturperiode vor?

CDU
Den Wunsch einer mehrjährigen Förderung freier Träger ist für die Thüringer Union nachvollziehbar. Diese würde aber immer auf Kosten anderer kultureller Projekte geschehen. Daher sind solche Maßnahmen genau zu untersuchen. Das Projektmanagerprogramm ist eine gute Möglichkeit, kulturelle Arbeit in unterschiedlichen Facetten zu fördern. Der wünschenswerte Ausbau dieses Programms ist an der Haushaltssituation festzumachen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir verweisen auf die Antworten der Fragen 1 und 2. Zudem haben wir an anderer Stelle bereits klargestellt, dass wir eine Neukonzipierung des Thüringer Projektmanagerinnen- und Projektmanagerprogramms für den Kulturbereich für erforderlich halten. Dazu wollen wir die Befristung der Förderung auf 3 Jahre ausbauen. Auch eine unterjährige Förderung wollen wir ermöglichen. Zudem muss die Bezahlung entsprechend des Tarifvertrages der Länder (TVL) ausgerichtet werden.

FDP
Die FDP Thüringen unterstützt die von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte UNESCO-Konvention „Kulturelle Vielfalt“. Aus Sicht der Thüringer Liberalen wird im Freistaat Thüringen die geforderte Grundversorgung und Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger erfüllt. Der Freistaat Thüringen setzt nach seinen Möglichkeiten einen ausreichenden finanziellen Rahmen, ganz im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wie z.B. das schwarz-rot regierte Sachsen-Anhalt.
Ziel der ehemaligen FDP-Bundestagsfraktion war es, Kultur im Grundgesetz zu verankern. Am Votum der im vergangenen Bundestag vertretenden Parteien scheiterte dieses wichtige Vorhaben. Dies wäre ein wichtiger Schritt gewesen, Kultur ihrer Bedeutung entsprechend ihren notwendigen Stellenwert beizumessen. Kultur als Pflichtaufgabe jedoch ist für Freidemokraten nicht umsetzbar. In diesem Fall müsste die Politik definieren, was Kultur ist. Kultur jedoch ist jede Lebensäußerung einer Gesellschaft. Das reicht von Sprachkultur über Esskultur, bis zur Hochkultur. Aus gutem Grund liegt es daher in der Kompetenz der lokalen Verantwortlichen, zu entscheiden, welchen kulturellen Bereichen eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Im ländlichen Raum sind diese zwangsläufig anders ausgestaltet, als in mittleren oder größeren Städten. Die Förderung soziokultureller Strukturen und der freien Kulturszene unterstützt die FDP Thüringen. Das Instrument einer mehrjährigen Förderung freier Träger ist den Thüringer Freidemokraten zwar nachvollziehbar, wird aber eher skeptisch gesehen. Es muss aus Sicht der FDP Thüringen eine Aufgabe der lokalen Verantwortlichen sein, zu entscheiden, welche kulturellen Initiativen sich bewährt haben und eine weitere Förderung erhalten sollten. Eine dauerhafte Festschreibung von Förderungen würde zu einer Erstarrung der freien Szene führen und neuen, vielleicht noch innovativeren Ideen, den Zugang versperren. Damit wäre ein Charakteristikum der freien Szene verloren gegangen und die Intention dieses Bereiches ab absurdum geführt. In der kommenden Legislaturperiode ist die FDP Thüringen ein verlässlicher Partner der Soziokultur und der freien Kulturszene. Was Thüringer Freidemokraten nicht verantworten, ist ein Weg in die Beliebigkeit.

DIE LINKE
Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 2.

SPD
Ziel der SPD war und ist, nicht nur für die institutionell geförderten Einrichtungen, sondern auch für die freie Szene möglichst Planungssicherheit zu schaffen. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Absicherung der kulturellen Vielfalt in Thüringen. Wir werden daher die Bewilligung von Projektmanagerstellen längerfristig ausgestalten.
Landesarbeitsgemeinschaften und überregional tätige kulturelle Knotenpunkte sollten zukünftig auch mehrjährige Förderungen erhalten.

LANDESMUSIKRAT THÜRINGEN E.V.

I. MUSIKALISCHE BILDUNG

Bildungsfragen sind Schlüsselfragen künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen. Darin eigebettet ist die musikalische Bildung als Teil kultureller Bildung.

1 Wie wollen Sie angesichts des sich abzeichnenden Mangels an qualifiziertem Fachpersonals künftig die musikalische Grundversorgung im Musikunterricht an den allgemein bildenden Schulen absichern? Was wollen Sie unternehmen, um junge Musiklehrer für die Arbeit an Thüringer Schulen zu gewinnen?

CDU
Leider fällt in den letzten Jahren mehr Unterricht auch im Fach Musik aus. Gleichzeitig sind die Bildungsausgaben Thüringens pro Schüler bundesweit unerreicht. Zudem sind diese Ausgaben in den letzten Jahren entgegen der allgemeinen Haushaltsentwicklung weiter gestiegen. Der Lehrermangel auch im Fach Musik muss durch gezielte Neueinstellungen kompensiert werden. Dazu will die CDU den Lehrerbedarf in den einzelnen Fächern noch genauer bestimmen und an die potentiellen Nachwuchslehrer besser kommunizieren. Zudem plant die CDU in den kommenden Jahren die durchschnittliche Einstellung von 500 neuen Lehrern pro Jahr. Mit diesen Maßnahmen wollen wir eine Unterrichtsgarantie für alle Fächer erreichen. Auch die fachfremde Unterrichtsvertretung soll damit vermieden werden. Daher müssen ausreichend Lehrer mit entsprechender Qualifikation zur Verfügung stehen. Gerade im Musikunterricht ist es ergänzend möglich für projektorientierten Unterricht und Projekte externe Angebote und Personen nutzen. Hier ist eine verstärkte Kooperation mit Musikschulen und sonstigen musikpädagogischen Angeboten sowie Künstlern wünschenswert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir werben für mehr Neueinstellungen im Schulbereich, damit weniger Unterricht ausfällt und der überfällige Generationenwechsel im Sinne eines gesunden Altersmixes in den Schulen gelingt. Zudem sollte Thüringen auch in anderen Bundesländern gezielt benötigte Lehrkräfte anwerben. Insbesondere im Fach Musik schlagen wir vor, darüber nachzudenken, inwieweit Lehrkräfte der Musikschulen nach entsprechender Qualifizierung im Musikunterricht in Thüringen eingesetzt werden können.

FDP
Die FDP setzt sich dafür ein, keine Musikschulen zu schließen, für staatliche Musikschulen sollte es eine Bestandsgarantie geben, auch hinsichtlich der Bezahlung der Lehrkräfte. Aus Sicht der FDP Thüringen verhindern die starren Zugangsregeln die Möglichkeit, Kunstpädagogen mit Migrationshintergrund in den Musikschulalltag zu integrieren. Diese Potenziale werden verschenkt! Nicht nur, dass die Schülerinnen und Schüler Akzeptanz zu Migranten und deren Kultur und Sprache gewinnen können, auch wird die Qualität deren Ausbildung nicht genutzt. Deren Ausbildung ist sicher nicht deckungsgleich mit der an

deutschen Hochschulen. Die Frage der Qualität wird jedoch nicht gestellt, sie ist eben nur anders. Hier besteht, wie es die FDP Thüringen sieht, dringender Handlungsbedarf.

DIE LINKE
DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen auch durch Lehrkräfte der Musikschulen qualitativ hochwertig abgesichert werden kann, solange der Bedarf an Fachpersonal noch nicht ausreichend gedeckt wurde. Darüber hinaus unterstützen wir Kooperationen zwischen Musikschulen und allgemeinbildenden Schulen, wobei die eingesetzte Lehrkraft aus dem Musikschulbereich auch eine adäquate, an den Tarif angelehnte Vergütung für den erbrachten Unterricht erhält.
Wir wollen auf dem Weg zu einer konsequenten Einführung der Gemeinschaftsschule eine Strukturierung der Bildungslandschaft im Sinne des Thüringer Bildungsplanes 0 – 10 sicherstellen. Dadurch sehen wir auch eine Chance, die Thüringer Bildungslandschaft für junge LehrerInnen – auch im Bereich Musik – attraktiver zu gestalten.

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Einstellungskorridor für Lehrerinnen und Lehrer weiterhin bedarfsgerecht erhöht wird und jährlich mindestens 500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden. Die Einstellungen sollen entsprechend des Nachbesetzungsbedarfs in den einzelnen Fächergruppen erfolgen. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs strebt die SPD generell die Verbeamtung von Lehrern an, sonst droht in besonders gefragten Förderkombinationen – zu denen das Fach Musik gehört – die Abwanderung in andere Bundesländer.

2 Wie wollen Sie künftig im außerunterrichtlichen Bereich eine langfristige verlässliche Bildungsarbeit der Thüringer Musikschulen garantieren? Werden Sie sich für eine Erhöhung der Festeinstellungen in den Lehrerkollegien einsetzen und damit Qualität und Nachhaltigkeit musikpädagogischer Maßnahmen fördern? Wie wollen Sie den Zugang zur musikalischen Bildung in Thüringen sozial gerecht gestalten?

CDU
Die Musikschulen sind, wie die meisten kulturellen Einrichtungen in kommunaler Verantwortung. Daher müssen vorrangig diese für ein adäquates Angebot sorgen. Dabei ist es wünschenswert, dass die angespannte Situation bei den Festanstellungen von Lehrern verbessert wird. Das Land sollte die Musikschulen weiter durch Projektförderung unterstützen. Besonders die Kooperation zwischen Musikschulen und anderen Bildungseinrichtungen sollte dabei in den Blick genommen werden. Gleichzeitig müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das Bildungs- und Teilhabeprogramm noch gezielter einzusetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die derzeit 25 kommunal getragenen Musikschulen leisten für die kulturelle Ausstrahlung und Wahrnehmung ebenso wie für die kulturelle Bildung Thüringens einen unermesslichen Beitrag. Im Moment sind jedoch nur ein Drittel der Beschäftigten an Musikschulen fest angestellt. Das Land und die Kommunen stehen hier in der Verantwortung, diesen Anteil spürbar zu erhöhen. Die knappen Projektmittel für die Musik- und Jugendkunstschulen wollen wir anheben. Da wir prekäre Beschäftigung an den Thüringer Musikschulen nicht

akzeptieren, werden wir in unserem Kulturfördergesetz auch verbindliche Regelungen zur künftigen Finanzierung der Musikschulen von Seiten des Landes vorlegen.

FDP
Jedes Kind, egal welcher sozialen Herkunft, muss die Möglichkeit haben, ein Grundrepertoire elementarer künstlerischer Ausdrucksformen zu erlernen. Die Kommunen sind in Zukunft finanziell in die Lage zu versetzen, ihre freiwilligen Leistungen so zu erbringen, dass auch ihre Musikschulen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Zeitgleich setzt die FDP Thüringen aber auch auf Anbieter im privaten Bereich, um den Wettbewerb um die besten Angebote zu fördern.

DIE LINKE
DIE LINKE steht für eine Bewahrung und Verstetigung der Musikschulen im Freistaat und strebt daher eine institutionelle Förderung für sie an. Die Veränderung der Förderstruktur für die Musikschulen soll dabei auch die Erhöhung der Anzahl von Festeinstellungen erreichen. Die Möglichkeit, als gut bezahlte Honorarkraft an diesen Einrichtungen zu arbeiten, soll dabei der Freiwilligkeit unterliegen und nicht aufgrund der finanziellen Situation zu einer Zwangsmaßnahme werden, die weiterhin prekäre Bedingungen schafft.
Durch die institutionelle Förderung, die mit Projektförderungen von wenigstens drei Jahren ergänzt werden kann, soll auch die Teilhabe aller Menschen am Bildungsangebot sozial verträglich ermöglichen.

SPD
Die Sicherung eines attraktiven kulturellen Angebots ist gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen. Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Arbeit und eines sozial gerechten Zugangs zu den Angeboten der insbesondere kommunal getragenen Musikschulen sind leistungsfähige Kommunen. Um die kulturellen Angebote nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln fordert die SPD schon lange eine Gebiets- und Verwaltungsreform zur Bildung von schlagkräftigen Landkreisen und Kommunen. Diese Reform kann auch dazu beitragen, die Kulturfinanzierung auf eine breitere Basis zu stellen. Finanziell abgesicherte Kommunen sind auch Voraussetzung für eine Erhöhung der Festeinstellungen, für die wir uns einsetzen werden. Bis zur Umsetzung der Gebiets- und Verwaltungsreform möchte die SPD mit erfolgreichen Instrumenten, wie dem von uns eingeführten Kulturlastenausgleich (9 Mio. Euro pro Jahr) zum Erhalt der kulturellen Angebote und Vielfalt beitragen. Gemeinsam mit der Landesmusikakademie Thüringen soll zudem die Fort- und Weiterbildungen ausgebaut werden. Gleichzeitig sollte verstärkt für die Förderung über die sogenannten Bildungs- und Teilhabepakete geworben werden und eine zielgerichtete Ansprache des Adressatenkreises durch die Kommunen erfolgen.

II. LAIENMUSIK

Die aktive Musikausübung in der Laienmusik vom Kindes- und Jugendalter bis hin zu den Senioren ist das Fundament der gesamten Musikkultur in Thüringen, ohne die auch die professionellen Musikangebote nicht lebensfähig wären.

1 Wie wollen Sie die Rahmenbedingungen für die Laienmusik in Thüringen verbessern? Wie stehen Sie zu einer Einführung einer Übungsleiterpauschale für die Leiter der

zahlreichen Musikensembles, wie das in vielen anderen Bundesländern seit Jahren erfolgreich praktiziert wird?

CDU
Die Unterstützung der Laienmusik ist für die CDU Thüringen sehr wichtig. Schließlich tragen Chöre vielfach zum Heimatgefühl vieler Thüringer bei. Zudem wird durch das gemeinschaftliche Singerlebnis der Zusammenhalt vor Ort gestärkt. Im Rahmen der finanziellen Rahmenbedingungen ist die Gewährung einer Übungsleiterpauschale wünschenswert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einer ÜbungsleiterInnenpauschale für Musikensembles und Chöre stehen wir grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Zudem wollen wir die Aus- und Fortbildung im Bereich der Laienmusik stärken und Ehrenamt gezielt fördern.

FDP
Generell befürwortet die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag eine engere Zusammenarbeit zwischen professioneller und Laienmusik in Thüringen. Darüber hinaus steht die FDP Thüringen analog zur Übungsleiterpauschale für die Einführung einer solchen Pauschale für Leiter von Musikensembles.

DIE LINKE
Für DIE LINKE zählt die Laienmusik eindeutig auch in den Bereich der Soziokultur und freien Kulturszene Thüringens und wird durch eine Verstetigung dieses Bereiches durch eine gänzliche Neuausrichtung der Kulturförderung in Thüringen ebenso aufgewertet. Der Einführung einer Übungsleiterpauschale stehen wir sehr offen gegenüber, wobei wir davon abraten, Rahmenbedingungen von anderen Bundesländern einfach zu übernehmen, sondern sind gern bereit, in einem breiten Dialogverfahren mit den Akteuren selbst, solche eine Regelung für Thüringen zu diskutieren und umzusetzen.

SPD
Mit der Anhebung des Steuerfreibetrages für Übungsleiter auf nunmehr 2.400 € wurde schon 2013 ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Ehrenamtes insgesamt geleistet. Die Bereitstellung von Fördermitteln zur Vergütung von Übungsleitern bei Musikensembles und Chören wird grundsätzlich als geeignetes Instrument zur Stärkung der Laienmusik gesehen. Inwieweit hier Mittel bereit gestellt werden können, wird maßgeblich von der Haushaltslage abhängen.

LANDESVEREINIGUNG KULTURELLE JUGENDBILDUNG THÜRINGEN E.V.

Kunst und Kultur sind Motoren gesellschaftlicher Entwicklungen, das macht kulturelle Bildung so bedeutsam. Verlässliche und erfolgreiche Infrastrukturen kultureller Bildung – Einrichtungen, Orte und Angebote – sind das Rückgrat der kulturellen Bildung. Damit kulturelle Bildung als Querschnittsaufgabe zwischen Kultur und Bildung

gelingen kann, bedarf es nachhaltiger struktureller, personeller und finanzieller Rahmenbedingungen, um die verschiedensten Akteure in ihrem Engagement zu unterstützen und zu stärken.

1 Ein Landesentwicklungskonzept für kulturelle Bildung ist Voraussetzung für Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit. Es ermöglicht eine langfristige Planung und eine strategische Herangehensweise.
Befürworten Sie ein Landesentwicklungskonzept für kulturelle Bildung? Wo liegen Ihrer Meinung nach die Schwerpunkte der kulturellen Bildungspolitik in Thüringen?

CDU
Die Thüringer Union kann sich die Erweiterung des Kulturkonzeptes im Bereich der kulturellen Jugendbildung vorstellen. Auch hier sind die Schwerpunkte bei der langfristigen Planung von Kooperationen, vor allem mit den Bildungseinrichtungen des Freistaates zu setzen. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten kann nur die enge Verzahnung von schulischen und außerschulischen Angeboten in der kulturellen Jugendbildung zu einer größtmöglichen Wirkung führen. Es gilt weiterhin, die Bildungseinrichtungen sowie die Lehrer und Erzieher für diese Verzahnung zu gewinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir stehen für ein ganzheitliches, lebenslang angelegtes kulturelles Bildungskonzept. Dieses wollen wir gemeinsam mit den Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden entwickeln. Damit kulturelle Bildung in unseren Bildungseinrichtungen nachhaltig verankert werden kann, schlagen wir vor, künftig allen Kitas und Schulen eigene Budgets für Kunst und Kultur zur Verfügung zu stellen, womit beispielsweise eigene Kunst- und Kulturkonzeptionen umgesetzt werden könnten. Das Bundesprogramm „Kulturagenten“ wollen wir für Thüringen weiterführen und auf mehr Schulen ausweiten. Möglichst viele Kunst- und Kultureinrichtungen im Land sollen sich mit ihren Stärken in die kulturelle Bildungsarbeit einbringen können. Auch heute geschieht das bereits vielerorts und mit hohem Engagement. Wir werden darauf achten, dass sich insbesondere die durch das Land geförderten Kunst- und Kultureinrichtungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für kulturelle Bildung engagieren. Schon jetzt sind viele Theater, Orchester und Museen in Thüringen in der kulturellen Jugendbildung, der kulturellen Erwachsenenbildung und anderen Formen der Vermittlung von kulturellen und künstlerischen Inhalten und Darstellungsformen aktiv. Dies wollen wir weiter ausbauen und verbindlicher gestalten.

FDP
Die FDP Thüringen setzt sich für ein Landesentwicklungskonzept für kulturelle Bildung ein. Die Schwerpunkte sollen in einer breiten kulturellen Bildung bestehen und die jungen Menschen befähigen, den Wert der eigenen Kultur, aber auch anderer Kulturen, ein- und wertzuschätzen.

DIE LINKE
DIE LINKE. Thüringen steht für eine strategisch ausgerichtete und zukunftsfeste kulturelle Bildung im Freistaat. Im Zuge eines Kulturfördergesetzes und der Neuausrichtung der Verantwortlichkeiten der Ministerien im Bereich Kulturelle Bildung sehen wir es als wichtig an, auch langfristig im Dialog mit den Trägern und Einrichtungen Transparenz und

Planungssicherheit in der Förderung zu erreichen. Ein Landesentwicklungskonzept wäre ein möglicher Weg. Dabei ist allerdings immer zu beachten, dass Konzepte unter Umständen auch der Diskontinuität der Politik zum Opfer fallen können.
Schwerpunkte der kulturellen Bildung liegen für uns ganz klar in der engen Vernetzung freier Träger, öffentlicher Kultureinrichtungen und Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Volkshochschule. Ein besonderes Augenmerk liegt aus der Sicht der Thüringer Linken der Teilhabe von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund.

SPD
Die SPD befürwortet ein Rahmenkonzept mit Qualitätsstandards für die kulturelle Bildung als Weiterentwicklung des in unserer Verantwortung erarbeiteten Kulturkonzepts.
Schwerpunkte der kulturellen Bildungspolitik sind für uns Kindertageseinrichtungen und Schulen, weil hier die größte Chance besteht, in Kooperation mit kulturellen Institutionen, einen Zugang unabhängig von sozialer Herkunft, Milieus, Migrationshintergrund oder Behinderung zu ermöglichen. Die SPD wird weiterhin die Entwicklung von kulturellen Bildungsangeboten in den kulturellen Institutionen fördern und gemeinsam mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft das Engagement für die kulturelle Bildung stärken.

2 Der Ausbau der kulturellen Bildung bietet gute Entwicklungsmöglichkeiten für kommunale und regionale Bildungslandschaften.
Mit welchen Maßnahmen kann der Freistaat die kulturelle Bildung innerhalb dieser Bildungslandschaften befördern und verankern und eine sozialräumliche Ausgewogenheit dieser Angebote unterstützen?

CDU
Wie auch bisher praktiziert kann der Freistaat durch projektbezogene Förderung in diesem Bereich tätig werden. Durch Förderkriterien und eine ressortübergreifende Koordinierung der Förderung kann eine sozialräumliche Ausgewogenheit angestrebt werden.
Verantwortlich für das Gelingen sind aber letztlich die Kommunen und die Träger der Einrichtungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir wollen kommunale Bildungslandschaften in Thüringen weiterentwickeln und dies auch von Seiten des Landes unterstützen. Dafür wollen wir den Kommunen angemessene Ressourcen für Koordination und Vernetzung vor Ort sowie für strategische Beratung zur Verfügung stellen. Kulturelle Bildung soll dabei immer mitgedacht werden. Den Bildungseinrichtungen wollen wir bessere Rahmenbedingungen für Kulturkooperationen bieten und den Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstlern bessere Gestaltungsmöglichkeiten in der kulturellen Bildung. Von den Budgets der Bildungseinrichtungen für kulturelle Bildung sollen die Künstlerinnen und Künstler vor Ort, aber auch überregional aktive Künstlerinnen und Künstler profitieren.

FDP
Die Landespolitik kann für gute Rahmenbedingungen kultureller Bildung sorgen. Die Kleinteiligkeit des Freistaates bewirkt aber auch eine sehr unterschiedliche Sichtweise auf kulturelle Werte. Diese Werte können nur vor Ort vermittelt und im Kontext zu

überregionalen Werten dargestellt werden.

DIE LINKE
Neben der Verstetigung von z. B. Musik- und (Jugend)Kunstschulen durch institutionelle Förderung und verstärkte Kooperationen zwischen freien Trägern und Bildungs- und Kultureinrichtungen sehen wir es als wichtig an, durch die Fortführung und Neuauflegung verschiedener Förderprogramme die kulturelle Bildung für alle, und dabei auch speziell im ländlichen Raum, stärker zu verankern und zugänglich zu machen.

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass ein Ausbau der regionalen Bildungslandschaften - weiter verstetigt wird. Handlungsinstrumentarium wie die Entwicklung überregionaler Kulturentwicklungskonzeptionen, die vom Land finanziert werden, bieten Chancen, die Bildungslandschaften regional auch über Grenzen einzelner Kommunen hinweg weiterzuentwickeln. Wir wollen zukünftig Kooperationen und Netzwerke bei der Landesförderung berücksichtigen.

3 Sehen Sie in der verbindlichen Festlegung von Finanzteilen für die kulturelle Bildung bei den Angeboten der großen, staatlich finanzierten öffentlichen Kultureinrichtungen ein mögliches Instrument, die demokratische Teilhabe der Gesamtbevölkerung zu stärken?

CDU
Eine verbindliche Festlegung von Finanzteilen hält die Thüringer Union nicht für zielführend, da es aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt. Dies kann dazu führen, dass wichtige Projekte nicht finanziert werden, weil das Kontingent aufgebraucht ist. Die öffentlichen Kultureinrichtungen sind zudem bereits äußerst aktiv, um die kulturelle Bildung zu stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Viele Kultureinrichtungen engagieren sich bereits in der kulturellen Bildung. Dennoch wollen wir im Rahmen von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den großen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen mehr Verbindlichkeit in der Schaffung kultureller Bildungsangebote und bei der Öffnung kultureller Institutionen erreichen.

FDP
Grundsätzlich ja! Es geht in der Zukunft aber um eine bessere Vernetzung dieser Einrichtung mit den Initiativen vor Ort.

DIE LINKE
Viele der öffentlichen Kultureinrichtungen halten bereits jetzt kulturelle Bildungsangebote vor, die gut wahrgenommen werden. Theater, Orchester, Museen und Bibliotheken haben aus unserer Sicht gerade im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung auch einen öffentlichen Auftrag, der durch freie Träger ergänzt und noch weiter qualifiziert werden kann und soll.
Eine verbindliche Festlegung von Finanzteilen zur Aufrechterhaltung und zum Angebot kultureller Bildung an öffentlichen Kultureinrichtungen ist überlegenswert, aus jetziger Sicht aber nicht zwingend für jede Kultureinrichtung sinnvoll und zielführend.

SPD
Die großen kulturellen Institutionen haben erkannt, dass sie Kinder und Jugendliche als künftige Besucher gewinnen müssen und haben ihre Anstrengungen und damit Angebote in der kulturellen Bildung in den vergangenen 4 Jahren erheblich ausgebaut. Vor allem Angebote für Schulen und entsprechende Kooperationen tragen wesentlich zu einer verbesserten Teilhabe bei. Seit diesem Jahr knüpft das von der SPD geleitete Kulturministerium seine Kulturförderung an dokumentierte Aktivitäten auf diesem Feld. Die Wirksamkeit dieser Berichtspflicht über Aktivitäten in der kulturellen Bildung soll in den kommenden Jahren überprüft werden. Der Abschluss von Ziel- oder Kooperationsvereinbarungen könnte zu einer Qualitätsverbesserung und Ausweitung der Angebote führen.

4 Die Vielfalt der Träger und Angebote kultureller Bildung ist ein besonderes Markenzeichen Thüringens. Gleichzeitig fehlt es bisher an einem zentralen Marktplatz für diese Angebote, damit Einzelpersonen, aber auch formale Bildungsinstitutionen mühelos geeignete Kooperationspartner
finden können.
Würden Sie sich für die Etablierung eines online und offline verfügbaren Kulturportals für kulturelle Bildungsangebote einsetzen, das diesen Überblick gewährleistet? Würden Sie sich auch für die Entwicklung von Qualitätsstandards für kulturelle Bildungsangebote einsetzen?

CDU
Die Einrichtung eines entsprechenden Portals ist zu begrüßen. Die Übersicht über Angebote würde deren Nutzung sicherlich verbessern. Auch die Festsetzung von Qualitätsstandards ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Aufwand für die Träger muss sich dabei jedoch in Grenzen halten. Zudem sind Qualitätsstandards für Kulturangebote höchst umstritten. Dies ist ein großes Problem bei der Realisierung von diesen Standards.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mehr Transparenz und ein umfassender Überblick über die bisher bestehenden kulturellen Bildungsangebote sind für uns von großer Bedeutung. Damit können unnötige Doppelstrukturen vermieden werden und es wird der Zugang zu den Angeboten erleichtert. Daher befürworten wir diesen Vorschlag und unterstützen zudem die Entwicklung von Qualitätskriterien für kulturelle Bildung.

FDP
Ja, die Einrichtung eines solchen Portals wäre sehr wünschenswert.

DIE LINKE
Ja, DIE LINKE fordert seit geraumer Zeit ein solches Kulturportal, wobei wir dies noch erweitern würden auf alle kulturellen Angebote. Also auch jene, die zu den öffentlichen Kultureinrichtungen zählen und planen, dies auch mit einer Ticket-App zu verbinden. Qualitätsstandards müssen aus unserer Sicht ganz zwingend entwickelt werden. Gerade bei der Veränderung der Förderstruktur und -periode auf wenigstens 3 Jahre muss zur Sicherung der Nachhaltigkeit auch die Qualitätsfrage gestellt werden. Eine Entwicklung von

Qualitätsstandards kann und muss zweifelsohne im Zusammenspiel mit der LKJ Thüringen, der BKJ und den Kultur- und Bildungseinrichtungen erfolgen.

SPD
Die Einrichtung und Wirksamkeit eines landesweiten Online-Portals für kulturelle Bildungsangebote soll geprüft werden.
Bei der Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für die kulturelle Bildung sind aus unserer Sicht Qualitätsstandards notwendigerweise zu berücksichtigen.

5 Auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gibt es eine unübersehbare Fülle von Förderprogrammen für kulturelle Bildungsprojekte. Um eine breite Beteiligung Thüringer Einrichtungen aus Jugend, Schule, Sozialraum und Kultur an diesen Förderprogrammen zu sichern, bedarf es einer zentralen Beratungs- und Servicestelle. Befürworten Sie die Einrichtung einer unabhängigen Service- und Beratungsstelle für Förderprogramme bei der LKJ Thüringen?

CDU
Die Bündelung von Wissen über die vielfältigen Fördermöglichkeiten ist zu begrüßen. Wo eine solche Stelle einzurichten ist, muss gut überdacht sein. Die Landesvereinigung könnte diese Beratung für die Mitglieder leisten. Eine Ansiedlung im Ministerium ist ebenfalls zu prüfen und könnte kostengünstiger ausfallen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Eine unabhängige Service- und Beratungsstelle halten wir durchaus für sinnvoll. Damit kann Eine transparente und umfassende Information zu den Förderprogrammen sichergestellt werden.

FDP
Eher nein! Wünschenswert wäre eine Entbürokratisierung von Förderprogrammen. Nicht der Pfiffigere, sondern der Bessere mit den innovativeren Ideen sollte Förderprogramme in Anspruch nehmen können!

DIE LINKE
Die Einrichtung einer solchen Service- und Beratungsstelle befürworten wir ausdrücklich und sind auch bereit, die notwendigen Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen.

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass über die Förderinstrumentarien für alle Bereiche transparenter und umfassender informiert wird. Eine bessere Information über die bestehenden Förderprogramme könnte im Rahmen des Kulturportals erfolgen und sollte deshalb unbedingt Eingang in die Prüfung zur Einrichtung und Wirkung eines solchen Portals finden.

MUSEUMSVERBAND THÜRINGEN E.V.

1 Der wissenschaftliche Nachwuchs in den Thüringer Museen ist durch die Altersstruktur der Führungskräfte und die Nichtnachbesetzung wissenschaftlichen Personals in den kommenden Jahren stark gefährdet.
Wie setzt sich Ihre Partei für die Lösung diese Problems – z.B. durch die Auflage eines Landesprogramms für Volontäre – ein?

CDU
Die Thüringer Union bekennt sich zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Museen des Freistaats. Ein wünschenswertes Programm für Volontäre muss allerdings vor dem Hintergrund der Haushaltslage gesehen werden. Deswegen ist eine mögliche Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zu prüfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir fordern seit langem ein VolontärInnenprogramm im Bereich der Museen und haben dies auch in der parlamentarischen Arbeit mehrfach eingefordert und in den Haushaltsverhandlungen deutlich gemacht. Wir haben große Sorgen, dass die zunehmende Personalnot in den Museen und die zusätzlich schwierige finanzielle Situation vieler Kommunen dazu führen, dass die Museen mehr und mehr an den Rand ihrer Arbeitsfähigkeit gedrängt werden. Daher unterstützen wir die Forderung nach einem Landesprogrammes für Volontärinnen und Volontäre. Zudem wollen wir mit den Hochschulen und Museen enge Kooperationen auf den Weg bringen und den Übergang von der universitären Ausbildung zur musealen Tätigkeit verbessern.

FDP
Das Problem der Nichtnachbesetzung soll umgehend behoben werden. Die FDP Thüringen wird sich nach ihren Möglichkeiten dafür einsetzen.

DIE LINKE
Mit großer Sorge haben wir beobachtet, dass der Personalbestand in den Thüringer Museen in den letzten Jahren zunehmend ausdünnt. Mit viel Leidenschaft und Engagement haben die Museumsangestellten die Lage bisher gemeistert, aber viele sind an der Grenze des Leistbaren angekommen. Deshalb gilt zunächst all denen unser Dank, die sich in den Museen für Wahrung, Erklärung und Entwicklung von Kultur einsetzen. Wir wollen mit einem Kulturfördergesetz die Grundlage für eine nachhaltige strukturelle Förderung der Thüringer Museen schaffen, damit in diesem Kulturbereich eine durchdachte Personalentwicklung stattfinden kann. Wie dies konkret in der effektivsten Form passieren kann, soll in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen vor Ort entschieden werden. In jedem Fall ist ein Ausbau der Stellen für Museumspädagogen notwendig. Daher stehen wir auch einem Landesprogramm für VolontärInnen sehr positiv und offen gegenüber.

SPD
Das von der SPD geführte Kulturministerium hat bereits im Kulturkonzept das klare Ziel benannt, mit Hilfe von europäischen Sozialfondsmitteln in der neuen Förderperiode ein solches Volontariatsprogramm zur Stärkung des Nachwuchses sowie der Qualität und der Fachkompetenz in der Museumsarbeit aufzulegen. Daran halten wir fest.

2 Museen sind in Thüringen der größte außerschulische Bildungsanbieter. Trotzdem sind viele Museen durch das Fehlen von Museumspädagogen nicht ausreichend in der Lage, ihrem Vermittlungsauftrag nachzukommen. Im Kulturkonzept des Freistaates ist dieses Problem nicht thematisiert.
Wie wird sich Ihre Partei zu einem Landesprogramm zur Förderung der museumspädagogischen Bildungsvermittlung stellen?

CDU
Museumspädagogen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildungsvermittlung. Bei der Überarbeitung des Kulturkonzeptes ist dieser Berufszweig in den Blick zu nehmen. Die Mittel für ein neues Landesprogramm sind in der momentanen Haushaltssituation schwierig darstellbar und würden zu Lasten anderer kultureller Förderungen gehen. Abhilfe kann der flexible Einsatz von Museumspädagogen über den Museumsverband mit Hilfe von Projektmanagerstellen bringen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir wollen kulturelle Teilhabe für alle gewährleisten, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sogenannten „bildungsfernen“ Schichten. Hierfür gilt es, die Zugangsbarrieren zu kultureller Bildung kontinuierlich abzubauen, so wie es auch die Enquetekommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ empfohlen hat. Museumspädagoginnen und -pädagogen kommt in dieser Hinsicht eine große Bedeutung zu. Zwar kann freier Eintritt für Kinder und Jugendliche oder ein eintrittsfreier Wochentag dazu beitragen, Schwellenängste zu reduzieren und die Position der Museen als Bildungseinrichtungen weiter zu stärken. Spezielle Vermittlungsangebote erstellen, um Gruppen aus eher museumsfernen gesellschaftlichen Schichten aktiv anzusprechen, können jedoch nur gut ausgebildete Museumspädagoginnen und -pädagogen. Den Ansatz eines Landesprogrammes zur Förderung museumspädagogischer Bildungsvermittlung unterstützen wir. Damit können wichtige Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Aktionen finanziert und die Attraktivität des Museumsbesuches für Kinder, Jugendliche und Familien erhöht werden. Ein solches Landesprogramm könnte auch zu einer besseren Vernetzung und Zusammenarbeit der Museen beitragen.

FDP
Grundsätzlich wird sich die FDP der Frage der Museumspädagogik annehmen, sieht die Lösung aber eher in einer Vernetzung mit lokalen Anbietern.

DIE LINKE
Museumspädagogen helfen, an Kultur heranzuführen und die spannenden Geschichten, die sich beispielsweise hinter einem Bild verbergen können, verständlich zu machen. Damit wird aber nicht nur Bildung angeboten und im nichtschulischen Umfeld gefördert. Kinder und Jugendliche, die gerne ins Museum gehen, weil ihnen dort Themen altersgerecht vermittelt werden, gehen sicher auch als Erwachsene eher ins Museum, als Menschen, die nie mit einer Ausstellung in Berührung gekommen sind. Insofern sind Museumspädagogen auch eine Art der Zukunftssicherung für die Thüringer Museen. Die vermehrte Einstellung von Museumspädagogen muss Teil eines Personalentwicklungskonzepts sein. Die Grundlage dafür wollen wir mit einem Kulturfördergesetz legen, um dann gemeinsam mit den Akteuren eine konkreten Weg zu finden, wie wir die Zahl der Museumspädagogen erhöhen können.

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass in den institutionell geförderten Einrichtungen kulturelle Vermittlungsarbeit fachlich abgesichert wird. Dazu sollen Zielvereinbarungen mit den Trägern getroffen werden. Durch geeignete Fort- und Weiterbildung, die auch in der Zusammenarbeit mit dem Thüringer Lehrerfortbildungsinstitut, dem Schulbereich, dem Thüringer Museumsverband sowie der Erwachsenenbildung aber auch den kommunalen Partner entwickelt werden, soll die museumspädagogische Vermittlungsarbeit besser abgesichert werden.

3 Die Thüringer Museen und ihre Sammlungen haben einen enormen Restaurierungsbedarf.
Wie wird sich Ihre Partei für die Beseitigung des Restaurierungsstaus vor allem auch in mittleren und kleineren Museen einsetzen?

CDU
Die CDU Thüringen weiß um den Restaurierungsbedarf in den Museen Thüringens. Das kulturelle Erbe muss auch an dieser Stelle gesichert werden. In der kommenden Legislatur ist daher die Einführung eines einschlägigen auf mehrere Jahre angelegten Sonderprogramms zu prüfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Mittel, die den Museen derzeit zur Bestandserhaltung und Restaurierung zur Verfügung stehen reichen bei weitem nicht aus. Wir sehen daher auch hier Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht deutlich nachzusteuern. Einem möglichen Sonderprogramm werden wir uns daher nicht verschließen. Auch der Bund und die Bundeskulturstiftung sind hierbei gefordert.

FDP
Nach den Vorgaben und Möglichkeiten wird die FDP Thüringen sich des Problems des Restaurierungsstaus, vor allem in den kleinen und mittleren Museen, annehmen, um lokale Identitäten zu stärken. Analog zur Prioritätenliste des Bundesverkehrswegeplans schlägt die FDP die Ausarbeitung einer Thüringer Prioritätenliste vor, um vernünftige Aussagen zur Dringlichkeit der Restaurierung treffen zu können.

DIE LINKE
Hinsichtlich der Restaurierung von Museen soll die Auflage eines landesweiten Sanierungsprogramms geprüft werden. In der Frage der Schwerpunktsetzung dieses Programms sehen wir den Museumsverband als unseren ersten Ansprechpartner.

SPD
Die SPD hat in Regierungsverantwortung erreicht, dass die Mittel für die Museen seit 2009 um 23 Prozent gesteigert werden konnten. Damit konnte auch ein erster Beitrag zur Restaurierung geleistet werden. Auf Basis einer konkreten Bedarfsermittlung des Restaurierungsbedarfs in den Thüringer Museen und Gesamtkonzeptes soll ein mehrjähriges Sonderprogramm im kommenden Landeshaushalten veranschlagt werden.

THÜRINGER LITERATURRAT E.V.

1 Wie stehen Sie zu dem Ziel, Literaturorte, Literaturhäuser, literarische Gedenk- und Erinnerungsorte, Bibliotheken und Museen kontinuierlich als literarisch-kulturelle Begegnungsorte auszubauen? Welche Konsequenzen ergeben sich für Sie daraus?

CDU
Die Thüringer Union begrüßt die Schaffung solcher Begegnungsorte. Der literarisch-kulturelle Austausch ist historisch und aktuell von großer Bedeutung für das Kulturland Thüringen. Gerade im ländlichen Raum können so Orte geschaffen werden, die das kulturelle Leben anregen und absichern. Ein entsprechender Ausbau muss anschließend auch entsprechend finanziert werden, daher sind auch die Folgekosten zu beachten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wir unterstützen dieses Anliegen. Kulturelle Begegnung braucht ansprechende Räume für Ideen, Austausch und Dialog auf Augenhöhe. Was wäre dazu besser dafür geeignet als Literaturorte, Literaturhäuser, Gedenk- und Erinnerungsorte, Bibliotheken und Museen? Für uns ergibt sich daraus, diese Aufgabe bei zukünftigen Entscheidungen und Investitionen mitzudenken, sowie die Projektförderungen des Landes auch auf solche Maßnahmen auszurichten.

FDP
Das Ziel, Literaturorte, Literaturhäuser, literarische Gedenk- und Erinnerungsorte, Bibliotheken und Museen kontinuierlich als Begegnungsorte auszubauen, liegt aus Sicht der FDP Thüringen in der Verantwortung der beteiligten Institutionen. Grundsätzlich befürworten die Thüringer Liberalen solche Initiativen.

DIE LINKE
Vernetzung ist mehr als ein Modewort. Zukunft zu gestalten heißt auch, die gewinnbringende Zusammenarbeit von Kulturschaffenden zu fördern. Wenn sich daraus auch eine gleichzeitige Öffnung ergibt, die noch mehr Menschen das Erleben von Kultur ermöglicht, können wir das nur begrüßen.
Grundsätzlich wollen wir mit einem Kulturfördergesetz die strukturelle Förderung von kulturellem Schaffen besser unterstützen, damit die Akteure überhaupt in die Lage versetzt werden, Ideen wie die der stärkeren Vernetzung in die Praxis umzusetzen. Wo diese Ideen eine besondere Förderung benötigen, muss im Einzelfall in einem transparent Verfahren geprüft werden, wie dies gestaltet werden kann.

SPD
Die SPD unterstützt die Nutzung unterschiedlichster kultureller Stätten als literarisch-kulturelle Begegnungsorte. Wir sehen diese als einen Beitrag zu dem von uns angestrebten Ausbau der kulturellen Bildung.

2 Welche Rolle kommen Land und Kommunen bei der Förderung kultureller Basistechniken zu? Wie stehen Sie zu einer deutlichen Erweiterung von schulischen

und außerschulischen Lese- und Schreibförderprogrammen? Wie stehen Sie zu der Überlegung, in adäquatem Maß Kulturarbeiter für diese Arbeit zu einzusetzen und zu honorieren?

CDU
Die Vermittlung kultureller Basistechniken ist eine der zentralen Aufgaben bei der Bildung unserer Kinder. Die Thüringer Union wird weiter darauf achten, dass bei der Weiterentwicklung der Lehrpläne die Vermittlung der kulturellen Basistechniken noch stärker an Bedeutung gewinnt. Im nationalen und internationalen Vergleich schneiden die Thüringer Schüler bei der Lesekompetenz überdurchschnittlich ab. Um dies zu sichern, setzt sich die CDU Thüringen bei festgestellten sprachlichen Defiziten für eine verpflichtende Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung ein. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass in den Grundschulen weiterhin das Erlernen einer herkömmlichen Schreibschrift gefördert wird. Die Vermittlung der Lese- und Sprachkompetenz sollte weiterhin primär an den Schulen erfolgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sicherlich sind bei der Vermittlung von kulturellen Basistechniken zuallererst unsere Bildungseinrichtungen, die Eltern und die Familien in der Verantwortung. Darüber hinaus können aber auch Land und Kommunen einiges tun. So brauchen wir ein möglichst flächendeckendes, wohnortnahes und qualitativ hochwertiges Bibliothekenangebot, das gut vernetzt mit den Schulen vor Ort ist. Auch die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher brauchen geeignete Informationsmöglichkeiten über vorhandene Angebote in der Lese- und Schreibförderung. Diese Informationsmaterialien kann das Land ohne weiteres erstellen und regelmäßig aktualisieren. Den Bildungseinrichtungen wollen wir eigene Budgets zur Umsetzung und Realisierung von Kulturkooperationen zur Verfügung stellen. Hierbei können auch Kulturarbeiterinnen und Kulturarbeiter zur Förderung der kulturellen Basistechniken zum Einsatz können. Entscheidend ist, dass die pädagogische Qualität gewährleistet ist.

FDP
Ein Großteil der Basistechniken wird in den Schulen vermittelt. Im Bereich der Erwachsenenbildung wären aus Sicht der Thüringer FDP die Volkshochschulen in Zusammenarbeit mit den betreffenden Initiativen zuständig. Strukturen und finanzielle Mittel hierfür sind bereits vorhanden.

DIE LINKE
Die Förderung von Kunst und Kultur soll Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen und Land bleiben, wobei aus unserer Sicht dem Land eine stärkere Verantwortung zukommen muss. Ebenso verhält es sich mit kultureller Bildung und der Vermittlung von Lese- und Schreibkompetenzen. Hier sehen wir natürlich einen großen Verantwortungsbereich an Bildungsinstitutionen von Kindergarten bis zur Erwachsenbildung, erkennen aber die Arbeit freier Träger und Vereine für diesen Bereich als wichtige Bereicherung und mögliche Vertiefung an.
Lese- und Schreibförderprogramme können gute Anknüpfungspunkte sein, die über eine mehrjährige Förderung, auch im Personalbereich abgedeckt werden könnte.

SPD
Die Förderung der kulturellen Basistechniken ist zunächst eine Kernaufgabe, die der Staat im Bereich der Bildung ermöglicht. Angefangen von der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten, in der Schule bis zur Erwachsenenbildung werden diese Basistechniken vermittelt. Außerschulische kulturelle Bildungsangebote tragen ebenfalls zur Vermittlung bei und sind unverzichtbar. Die SPD setzt sich daher weiter dafür ein, dass die kulturelle Bildung in Umsetzung der Thüringer Bildungspläne weiter gestärkt wird. Die Anstrengungen zur Lese- und Schreibförderung im schulischen Bereich werden fortgesetzt. Weitere Bedarfe sind zu ermitteln und gemeinsam mit den Akteuren umzusetzen. Kooperationen wie zwischen Schulen und Bibliotheken, die Durchführung zahlreicher Wettbewerbe und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kulturschaffenden bieten Chancen, eröffnen neue Perspektiven und sollten deshalb weiterhin gefördert werden.

3 Wie stehen Sie zu der Überlegung, den literarischen Austausch zwischen Thüringen und anderen Bundesländern durch geeignete Veranstaltungsformate zu intensivieren und wären Sie bereit, die Stärkung des kulturellen Dialoges zu unterstützen?

CDU
Die Projektförderung ermöglicht es, eine Vielzahl von Initiativen zu unterstützen. Auch der literarische Austausch kann dazu gehören. Die Initiative sollte dabei von geeigneten Institutionen ausgehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Literarischen Austausch zwischen Thüringen und anderen Bundesländern finden wir richtig und wertvoll. Daher wollen wir dieses Anliegen gern fördern und unterstützen, selbstverständlich auch den kulturellen Dialog. Hier könnten sicher auch grenzüberschreitend Schreibwettbewerbe ausgelobt und im Austausch Lesereihen organisiert und unterstützt werden.

FDP
Ja.

DIE LINKE
Die Idee eines Austauschs ist sehr gut und wir würden uns natürlich darum bemühen, diesen gemeinsam mit anderen Bundesländern zu unterstützen. Die konkrete Ausgestaltung kann dabei nur in Zusammenarbeit von Politik und den kulturellen Akteuren erfolgen.

SPD
Geeignete Formate, die gemeinsam von den Akteuren entwickelt und mit Leben erfüllt werden, begrüßt die SPD ausdrücklich. Solche Formate können durch den Freistaat Thüringen unterstützt werden, wenn diese Unterstützung auf Gegenseitigkeit beruht und damit von mehreren Bundesländern gefördert wird.

VDA – VERBAND DEUTSCHER ARCHIVARINNEN UND ARCHIVARE E.V., LANDESVERBAND THÜRINGEN

Bisher gibt es in Thüringen keine Stelle, an der Künstlernachlässe gesammelt und erfasst werden. Damit gehen vermehrt regional bedeutende Kunstwerke verloren. Gerade in ihnen zeigt sich aber, wie bei kaum einer anderen Medienart, ein sozialhistorischer Bezug, an dem sich Landesgeschichte plastisch dokumentieren lässt. Im Gegensatz zum zum musealen Ansatz steht hier der Zusammenhalt von Schrift- und Kunstgutüberlieferung im Vordergrund. Ein Beispiel ist der Nachlass des Weimarer Malers Alfred Ahner (1890-1973), in dessen bildnerischen und schriftlichen Werk sich die Geschehnisse der Weimarer Republik und der NS-Zeit verdeutlichen. Nachdem sich in Thüringen keine geeignete Stelle finden ließ, ging sein schriftlicher Nachlass an die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden, das bildnerische Werk konnte erst nach Jahren im Museum des Freilichtmuseums Hohenfelden untergebracht werden.

1 Wie stehen Sie zu der Forderung, in Thüringen eine zentrale Stelle einzurichten, an der Nachlässe Thüringer Künstler aufbewahrt und aufgearbeitet werden können.

CDU
Thüringen hat in den bestehenden Archiven und Bibliotheken bereits eine Vielzahl an Möglichkeiten, bedeutende Nachlässe von Künstlern aufzunehmen. Sollte darüber hinaus noch Bedarf bestehen wäre eine finanzielle Förderung begrüßenswert, um die Nachlässe zu sichern und sie in Zusammenarbeit mit den Thüringer Museen und Bibliotheken für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sollte eine zentrale Stelle zur Aufbewahrung und Aufarbeitung von Nachlässen Thüringer Künstlerinnen und Künstler notwendig sein, werden wir die Schaffung einer solchen Stelle befürworten. Bis dahin sollten jedoch die vorhandenen Möglichkeiten der Archivierung in Thüringen genutzt werden.

FDP
Grundsätzlich sieht die FDP Thüringen keine Notwendigkeit, eine zentrale Stelle für Künstler-Nachlässe einzurichten. Es kann aus Sicht der Liberalen nicht im Sinne des Künstlers sein, wenn von der Politik geregelt wird, wem der Künstler seinen Nachlass vermachen soll. Künstler sollen selbst entscheiden, wem sie ihr Erbe hinterlassen und die FDP geht davon aus, dass dies von den Künstlern meist zu Lebzeiten selbst geregelt wird.

DIE LINKE
Der vom VDA gestellten Frage muss aus unserer Sicht zunächst die Frage vorausgehen, was alles unter Nachlässen von Künstlern verstanden wird und ob Thüringen die Zuständigkeit dieser Nachlässe nur für KünstlerInnen übernimmt, die in Thüringen geboren, in Thüringen

gearbeitet und/oder dort verstorben sind. Würden wir vom sehr breitgefächerten Kunst- und Kulturbegriff ausgehen, den wir als Partei in Thüringen verfolgen, dann würde es sich um eine unüberschaubare Anzahl von Nachlässen handeln, die auch in der Diversität und Menge kaum händelbar wären.
Daher schließt DIE LINKE. Thüringen aus jetziger Sicht – auch aufgrund der bis dato sehr seltenen Problematiken in diesem Bereich – eine zentrale Einrichtung einer solchen Stelle aus, behalten dieses Problem allerdings auf unserer politischen Agenda. Nichts destotrotz sehen wir schon jetzt das Land Thüringen in der Pflicht, bei Nachlassangelegenheiten wie im Fall von Alfred Ahner, zügig und strukturiert, Aufbewahrungsmöglichkeiten und Aufarbeitungsmöglichkeiten des Nachlasses in Thüringen selbst qualitativ zu sichern.

SPD
Zur Aufbewahrung und Aufbereitung der Nachlässe von Thüringer Künstlern sollten vor allem die vorhandenen Möglichkeiten (z.B. Musikhochschularchiv, Staatsarchive und Kommunalarchive, Landesbibliothek für bedeutende Beiträge zur Thüringer Landesgeschichte) genutzt werden. Darüber hinaus wird sich die SPD dafür einsetzen, dass das Land gemeinsam mit den institutionell geförderten Museen und Einrichtungen Lösungen für eine Unterbringung bedeutender Nachlässe findet. Dafür sind gemeinsam mit den Künstlerverbänden und den Einrichtungen Kriterien für die Aufbewahrung, Aufbereitung und Präsentation der Nachlässe zu erarbeiten.

VERBAND BILDENDER KÜNSTLER THÜRINGEN E.V.

1 Die anfängliche Förderung des Bereichs „Kunst und Bauen“ durch den Freistaat ist kontinuierlich zurückgegangen, seit 2006 ruht sie.
Sind Sie bereit, dieses Engagement zu erneuern und dauerhaft bei Baumaßnahmen des Freistaates 2% der Ausgaben des Hoch-, Tief- und Landschaftsbaues für Kunst im öffentlichen Raum zu verankern und im Rahmen transparenter, fachlich legitimierter Wettbewerbsverfahren zu vergeben?

CDU
Die Thüringer Union hält die Förderung des Bereiches „Kunst am Bau“ für sinnvoll. Dies ist bei den künftigen Planungen zu berücksichtigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Grundsätzlich befürworten wir die Wiedereinführung der Landesförderung im Bereich „Kunst und Bauen“. Allerdings bedarf dies zunächst einer Bestandsaufnahme und Evaluation sowie eines zukunftsweisenden Gesamtkonzeptes, das wiederum zusammen mit allen Beteiligten entwickelt werden sollte.

FDP
„Kunst und Bauen“ resp. Kunst im öffentlichen Raum soll aus Sicht der Thüringer FDP in der Verantwortung der Bauträger liegen.

DIE LINKE
Ja. Seit Jahren haben wir auch in enger Abstimmung mit dem Verband Bildender Künstler

Thüringen e.V. die jetzige Landesregierung aufgefordert, neue Möglichkeiten und Konzepte für die Förderung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum anzugehen. DIE LINKE. Thüringen wird sich für neue und transparente Möglichkeiten für Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum einsetzen.

SPD
Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass das Programm „Kunst am Bau“ durch den Freistaat wieder aufgenommen wird.

2 Wie beurteilen Sie die Haushaltslage für die Kulturförderung – speziell eine Erhöhung der Mittel zur Einrichtung eines Ankaufpools für zeitgenössische Bildende Kunst und der Einführung gesonderter Ankaufetats in den Landesmuseen für den Erwerb von Werken lebender Künstler? Welche weiteren Konzepte für die Erhaltung von Nachlässen zeitgenössischer Künstler unseres Freistaats streben Sie an?

CDU
Ein Finanzpool für den Ankauf von Kunst ist zu begrüßen. Über eine exakte Ausgestaltung müsste man sich mit allen Beteiligten austauschen. Hier könnten auch Mittel aus der Projektförderung eingesetzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Für uns ist eine attraktive und lebendige Kultur- und Kunstszene mit Galerien, Projekträumen, Ausstellungen, Projekten im öffentlichen Raum und mit zentralen Kunst- und Kulturveranstaltungen nicht nur ein Standortfaktor, sondern auch ein wichtiger Bestandteil für die Schaffung von Lebensqualität. Dies muss sich aus unserer Sicht auch in der Förderung der Bildenden Kunst durch den Freistaat widerspiegeln. Von einer substantiellen Erhöhung ist derzeit leider wenig zu spüren. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben, vor allem im Dienstleistungsbereich (Transporte, Technikmieten, Druckerzeugnisse) – die einen Großteil der Projektmittel ausmachen – erheblich gestiegen. Wir wollen daher die Förderung für Publikationen, Ausstellungen und Stipendien von Seiten des Landes weiter ausbauen. Neben der Bereitstellung einer Ausstellungsvergütung und Ausstellungsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler in landeseigenen Liegenschaften, in Galerien und Museen, wollen wir zudem im Rahmen des Ausbaus ganztägiger Bildung und Betreuung auch in unseren Schulen mehr Raum für Kunst schaffen. Kunstschaffenden wollen wir zudem durch das Thillm entsprechende Möglichkeiten zur pädagogischen Qualifizierung anbieten, damit sie in Schulen aktiv werden können. Viele Künstlerinnen und Künstler wandern nach ihrer Ausbildung oftmals wieder aus Thüringen ab. Wir meinen, es braucht eine mit der Kreativwirtschaft abgestimmte Strategie, wie man die bildende Künstlerschaft nach ihrer Ausbildung hier im Freistaat hält.

FDP
In diesem Bereich sollte auf private Förderer gesetzt werden. Im Sinne der Freiheit der Kunst kann und darf es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein über den Wert eines Werkes zu schätzen. Die Nachlässe von Künstlern zu verwalten, soll aus Sicht der Thüringer Liberalen privaten Personen oder Galerien überlassen werden.

DIE LINKE

DIE LINKE. Thüringen steht für eine generelle Neuausrichtung der Kulturförderung im Rahmen eines Kulturfördergesetzes. Ferner wollen wir den Anteil der Kulturausgaben am Landeshaushalt auf 2% erhöhen, um so zum Beispiel auch Ankaufsetats zu ermöglichen und kommunale Galerien zu verstetigen. Dadurch sollen Anreize geschaffen werden, Nachlässe von Thüringer Künstlerinnen und Künstlern zumindest teilweise zu bewahren. Auch dem Land kommt aus unserer Sicht dabei eine wichtige Rolle zu. Nichtsdestotrotz sehen wir derzeit keine Möglichkeit einer zentralen Stelle für Künstlernachlässe in Thüringen. Wir setzen uns aber dafür ein, dass die Nachlässe in Thüringen verbleiben können und eruieren dementsprechende Möglichkeiten.

SPD

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für die Bildende Kunst, die seit 2009 um rund 30 % erhöht worden sind, auch künftig zur Verfügung stehen. Wir wollen auch, dass die Kulturstiftung des Freistaats Thüringens finanziell besser ausgestattet wird, um zukünftig auch den Ankauf bedeutender Kunstwerke zu ermöglichen. Wir wollen aber auch den Ankauf von Werken durch das Kulturministerium zur Unterstützung der Künstler fortsetzen.

3 „Der Künstler schmückt Räume - dies ist Ehre genug.“ Wie in anderen Kunstsparten längst üblich, fordern die Bildenden Künstler Honorare für ihre Arbeit.
Wie beurteilen Sie die Forderung der Künstlerinnen und Künstler nach Einführung von Ausstellungshonoraren bei öffentlichen Ausstellungen, um so einen Teil des existenzsichernden Einkommens der Künstler festzuschreiben? Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zum Erhalt und der Erhöhung der Förderung kommunaler Galerien und Etablierung weiterer öffentlicher Ausstellungsmöglichkeiten?

CDU

Die schwierige Finanzsituation von Künstlern ist ein ernstzunehmendes Problem, das dringender Abhilfe bedarf. Über mögliche Wege sollte man sich austauschen. Die Einführung von Ausstellungshonoraren ist sicherlich ein möglicher und begrüßenswerter Weg, wobei zu bedenken ist, ob durch dieses Honorar die Aufträge in ihrer Gänze zurückgehen könnten. Hier müssen möglichst bundeseinheitliche Lösungen gefunden werden. Zudem sind Maßnahmen zu unterstützen, die Künstlern Möglichkeiten schaffen, ihre Kunst auszustellen und damit zu verkaufen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir befürworten eine Ausstellungsvergütung, um die Leistungen der Künstlerinnen und Künstler angemessen zu honorieren. Eine derartige Vergütung der Nutzung von Kunst sehen wir als sinnvoll an. Die landeseigenen Einrichtungen sowie die vom Land geförderten Institutionen sollen daher in einem ersten Schritt Kunstausstellungen entsprechend vergüten. Das kostet sicherlich etwas zusätzliches Geld, ist aber gut angelegt, da es direkt den Künstlerinnen und Künstlern zugute kommt.

FDP

Ob Ausstellungshonorare das Problem lösen, sehen die Thüringer Liberalen skeptisch. Das Honorar eines Künstlers soll sich über den Verkauf berechnen. Ausstellungshonorare bewirken nur, dass Galerien nicht mehr ausstellen, also dem Künstler sein Podium

entzogen wird.

DIE LINKE
DIE LINKE. Thüringen und auch unsere Bundespartei setzt sich seit Jahren für die verbindliche Einführung von Ausstellungshonoraren auf allen parlamentarischen Ebenen ein. Leider bisher ohne Erfolg. Diese Thematik werden wir weiter verfolgen. Der Anreiz zu weiteren öffentlichen Ausstellungsmöglichkeiten muss aus unserer Sicht dringend gegeben werden. Dabei wäre denkbar, dass öffentliche Einrichtungen und kommunale Galerien, Ausstellungshonorare, Versicherungskosten usw. für Ausstellungen über einen entsprechenden Fonds anteilig beantragen können.

SPD
Die SPD setzt sich für einen Interessenausgleich zwischen den Bildenden Künstlern und den Museen/Ausstellungshäusern sowie eine faire Behandlung der Künstler ein. Neue Formate der Präsentation künstlerischen Schaffens in Zusammenarbeit mit den Thüringern Museen wurden daher erschlossen und sollen weiterentwickelt werden. Das Programm „Wert der Kreativität“, das originelle Arbeiten der Künstler und Künstlerinnen in Thüringen seit 2013 honoriert, sollte fortgesetzt werden. Darüber hinaus unterstützen wir eine bundeseinheitliche Regelung für eine sachgerechte Lösung. Die Förderung von Galerien leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die künstlerischen Ergebnisse der Arbeit von Thüringer Künstlern zu präsentieren und auch auf dem Markt anzubieten. Es sollte daher geprüft werden, ob eine Anschubfinanzierung von Galerien ein geeignetes Instrumentarium ist. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land mit Arbeitsstipendien und einer gezielten Nachwuchsförderung das Wirken von Künstlern weiter unterstützt.

4 Der Verband veranstaltet alle zwei Jahre die artthuer – Thüringer Kunstmesse. Diese Biennale zeitgenössischer Bildender Kunst hat sich erfolgreich als größte Kunstmesse Mitteldeutschlands etabliert und mit ihrem Konzept als Produzentenmesse bewährt und erfreut sie sich zunehmender Beliebtheit bei Ausstellern und Besuchern gleichermaßen.
Wie wollen Sie den Fortbestand dieser artthuer – Thüringer Kunstmesse durch geeignete finanzielle Maßnahmen sichern?

CDU
Die artthuer hat sich bewährt und etabliert. Die CDU Thüringen wird sich deswegen dafür einsetzten, dass neben einer weiteren Projektförderung auch eine verstetigte Finanzierung realisiert wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die artthuer – Thüringer Kunstmesse hat sich aus unserer Sicht bewährt und stellt ein besonders bedeutsames Aushängeschild für den Thüringer Kunstmarkt da. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Förderung des Landes für die artthuer – Thüringer Kunstmesse weitergeführt wird. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir zudem nach Wegen suchen, um die BesucherInnenzahlen, die Anzahl der ausstellenden Künstlerinnen und Künstler und den Umsatz im Rahmen der Kunstmesse weiter zu erhöhen.

FDP

Die FDP in Thüringen vertritt die Auffassung, dass die Kunstmesse artthuer als Podium für zeitgenössische Kunst durch einen entsprechenden Betrag aus dem Kulturhaushalt zu unterstützen ist.

DIE LINKE

Die arrthuer ist nicht nur ein touristischer und wirtschaftlicher Magnet für Thüringen, sondern hat für DIE LINKE. Thüringen auch einen hohen kulturpolitischen Stellenwert. Für den Fortbestand der arrthuer, aber auch für die Aufwertung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Gänze, muss die interministerielle Zusammenarbeit viel effektiver passieren und auch auf Inhalten ausgerichtet sein. So ließe sich auch die Finanzierung der arrthuer als Gemeinschaftsaufgabe seitens des TMBWK und des TMAWT auf breitere Füße stellen.

SPD

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die artthuer-Thüringer Kunstmesse weiter fortgeführt wird. Sie hat sich als Kunstmesse etabliert. Zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft sollte auch geprüft werden, ob eine Anschubfinanzierung von Galerien ein geeignetes Instrument ist (siehe Frage 3).

UNTERZEICHNER

BDK e.V. Fachverband für Kunstpädagogik, Landesverband Thüringen
Jun. Prof. Dr. Andrea Dreyer (Vorsitzende)
Sybill Hecht (Vertreterin der Vorsitzenden)

Deutscher Bibliotheksverband e.V., Landesverband Thüringen
Dr. Eberhard Kusber (Vorsitzender)
Gerhard Vogt (Vertreter des Vorsitzenden)

Deutscher Bühnenverein, Landesverband Thüringen
Guy Montavon (Vorsitzender)
Dr. Ekkehard Müller (Geschäftsführer)

Heimatbund Thüringen e.V.
Dr. Burkhard Kolbmüller (Vorsitzender)
Barbara Umann (Geschäftsführerin)

LAG Soziokultur Thüringen e.V.
Alexander Lochthofen (Vorsitzender)
Bettina Rößger (Geschäftsführerin)

Landesmusikrat Thüringen e.V.
Prof. Dr. Eckart Lange (Präsident, Präsident des Kulturrats Thüringen)
Constanze Dahlet (Geschäftsführerin)

Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e.V.,
Dr. Jürg Kasper (Vorsitzender)
Marion Minkus (Geschäftsführerin)

Museumsverband Thüringen e.V.
Günter Schuchardt (Vorsitzender)
Dr. Lutz Unbehaun (1. Vizepräsident, Vizepräsident des Kulturrats Thüringen)
Holger Nowak (Geschäftsführer)

Thüringer Literaturrat e.V.
Prof. Dr. Marie-Elisabeth Lüdde (Vorsitzende, Vizepräsidentin des Kulturrats Thüringen)
Christoph Schmitz-Scholemann (Vorsitzender)
Dr. Jens Kirsten (Geschäftsführer)

VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.,
Landesverband Thüringen
Dr. Jens Riederer (amtierender Vorsitzender)
Dr. Christiane Wolf (amtierende Stellvertreterin)

Verband Bildender Künstler Thüringen e.V.
Prof. Klaus Nerlich (Sprecher)
Michaela Hirche (Geschäftsführerin)

Kulturrat Thüringen e.V
Jörg Dietrich (Geschäftsführer)